

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5346. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Peltzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Belegten nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Gleichgültigkeit. Rundschau. Politische Monatsschau. Die deutschen Gewerkschaften auf der Leipziger Bauausstellung, I. Arbeitslosenbildung. — **Allgemeines:** Das fällige Klagegeld. Zur Generalversammlung, V. VI. Ortsberichte: Altwasser-Freiburg, Barmen. — **Der Lithograph:** »Mäßige Ansprüche«. — **Der Steindrucker:** Eine geregelte Frage? — **Die photomech. Fächer:** Chemigraphen-Konferenz. — **Die Tapetenbranche:** Ein alter Bekannter in neuester Beleuchtung. — **Feuilleton:** Das Vermächtnis des Bettlers. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Generalversammlung Stuttgart 1913.
Die *Wohnungskommission* hat sich konstituiert und den Unterzeichneten zum Vorsitzenden bestimmt. Die *Delegierten werden ersucht, sich rechtzeitig anzumelden*, da anlässlich von Kunstausstellungen und mehreren Kongressen der Fremdenverkehr in Stuttgart sehr reger ist und an Wohnungen daher ein ziemlicher Mangel besteht. Vermittelt werden nur Hotelwohnungen zum einheitlichen Preise von 2,50 Mk. pro Bett. Anmeldungen sind zu richten an
Richard Böhme,
Stuttgart-Gablenberg, Schwabenbergstr. 168, IV.

Gleichgültigkeit.

Als die moderne kapitalistische Entwicklung mit ihren Widersprüchen und Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit sich langsam Bahn brach, da waren es nur wenige erleuchtete Geister, die ihre Bedeutung für die Zukunft der Arbeiterschaft klar erkannten. Ganz unten in der Tiefe unter Tränen und Schmerzen der Entbehrung und der Not, begleitet von dem Haß und der Verfolgung der Herrschenden, rang sich die neue Erkenntnis durch. Ein Saint Simon, ein Fourier und Owen wiesen darauf hin, daß das künftige Jahrhundert der Industrie gehöre und für die Gesellschaft große soziale Reformen dringend notwendig seien. In langer abmühender Geistesarbeit erforschten Karl Marx und sein Freund Friedrich Engels die Gesetze des Kapitalismus und riefen ihr Donnerwort in die Welt der Arbeit: »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« Und ein Ferdinand Lassalle, der kühne, tapfere Agitator, gepanzert mit der ganzen Wissenschaft des Jahrhunderts, sah von den Bergen der Wissenschaft das Morgenrot einer neuen Zeit heranbrechen, in der man das Prinzip des Arbeiterstandes zum allgemein herrschenden in der Gesellschaft machen werde. Aber nur langsam, schrittweise und auf verschiedenen Umwegen kam es der Arbeiterklasse zum Bewußtsein, welche gewaltige Kulturmission ihrer harrte. Sie mußte erst die überlieferten Vorurteile abwerfen und mit klarem Sinn und freier Entschlossenheit erkennen lernen, was die Zeit von ihr forderte.

Zwei Menschenalter sind seitdem verflossen; eine kurze Spanne Zeit! Und in allen entwickelten Kulturländern ist heute die Arbeiterbewegung ein Faktor geworden, dessen segensreiche Kulturarbeit sich mit jedem neuen Tage neu betätigt. Und wenn wir auf Deutschland blicken, so sehen wir, daß die Arbeiterklasse großes und gewaltiges geleistet hat. Was einst graue Theorie, kühne Phantasie war, ist heute Wirklichkeit geworden. Über vier Millionen

Stimmen scharen sich um das siegreiche Banner der Arbeiterpartei.

Aber trotz alledem hat die Arbeiterschaft keine Veranlassung, müßig zu sein. Die Siege, die Erfolge haben neue Kämpfe heraufbeschworen, Kämpfe, die an Erbitterung und an Umfang alles frühere in den Schatten stellen. Mißtrauisch haben die Reaktionäre die Arbeiterschaft immer betrachtet. Und was ihnen aber am meisten Besorgnis verursacht, das ist der Augenblick, in dem es der Arbeiterschaft klar wird, wie groß ihre Macht als Wertschöpfer in der Gesellschaft ist. Noch in den vierziger Jahren wollte man »dem Bruder Arbeiter die milde Hand reichen« und wenige Jahre später war den Arbeiterfeinden schon der Schrecken in die Knochen gefahren. Da sagten sie wie einst Schultze-Delitzsch: »Wecken sie die Bestie nicht!« Und heute bilden sie eine geschlossene Phalanx, in der nur der eine Wille lebendig ist, die Arbeiterschaft in Fesseln zu schlagen, sie ohnmächtig zu machen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es für jeden organisierten Arbeiter ein Gebot eherner Notwendigkeit, mit der größten Aktivität am Kampf um seine angeborenen Menschenrechte teilzunehmen, das Bleigewicht der Lauheit, der Gleichgültigkeit abzuwerfen und seine ganze Kraft in den Dienst der großen Sache zu stellen. Es ist wohl kaum notwendig, darauf hinzuweisen, daß es nur antisoziale Elemente sind, die sich heute bewußt von ihren Klassengenossen fernhalten oder diese schädigen, und an diesen mag man adios vorübergehen. Aber wie groß ist heute noch die Zahl der Indifferenten, die ihrer sozialen Lage nach alle zur Arbeiterklasse gehören. Und was diese verhindert, sich der Organisation anzuschließen, ist meistens die Gleichgültigkeit, das Fehlen jeglicher Einsicht in die Forderungen der Zeit. Da schätzt mancher irgend ein vermeintliches Vergnügen, meist recht sonderbarer Art, dem man oft Zeit und Geld opfert, höher. Ja und selbst in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft findet man manchmal jenes schlechende, einschläfernde Gift der Gleichgültigkeit.

Heute empfindet es jeder Arbeiter am eigenen Leibe, daß die Lohnarbeit wohl kaum eine Lichtseite aufzuweisen hat. Da geht es Tag für Tag immer den gleichen Gang, wie die Eimer einer Baggermaschine; das Leben des Arbeiters ist ein einziger langer Arbeitstag, der nur durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit — und das bedeutet immer Not und Elend — unterbrochen wird. Und dabei wissen die wenigsten Arbeiter, was sie alles entbehren müssen, was ihnen von den Gütern dieser Erde vorenthalten wird. Der Kampf ums tägliche Brot füllt das Menschenleben aus; kommt nun noch die Gleichgültigkeit dazu, dann erscheint das Leben öde und sinnlos. Es ist ein bitteres, aber wahres Wort, das einmal von dem Vorläufer des Sozialismus Campanella gesprochen worden ist: »Das Volk ist ein großes träges Tier, das seine Macht nicht kennt.« Und in der Tat, das Machtbewußtsein ist noch nicht so stark entwickelt, wie es der Stellung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft entsprechen müßte. Wäre das der

Fall, so würde oftmals ein Hohnlachen grimmig um die Erde hallen, wenn der großen Masse des Volkes Zumutungen gestellt werden, die an Ungeheuerlichkeit kaum übertroffen werden können.

Es ist ja nun eine geschichtliche Tatsache, die fast paradox klingt: eine unterdrückte Klasse fühlt sich nie machtloser als auf der Höhe ihrer Macht und eine herrschende Klasse glaubt nie machtvoller zu sein, als kurz vor dem Zusammenbruch. In Frankreich genügten nur wenige Worte der Gewalttäter, um einen Menschen in die Bastille zu bringen und ihn aus den Reihen der Lebenden zu streichen. Und als dann die Bastille gestürzt und das Volk Herr von Paris war, kam es ihm erst zum Bewußtsein, welche Macht es repräsentierte. Und so ähnlich war es ja auch nach der achtundvierziger Revolution in Deutschland.

Die Kämpfe der modernen Arbeiterklasse unterscheiden sich von allen andern weltgeschichtlichen Ereignissen darin, daß sie mit vollem Bewußtsein auf ein Ziel gerichtet sind, das aus dem Schoße der Zeit herausgeboren worden ist. Deswegen ist es ja so dringend notwendig, daß jeder Einzelne die Erkenntnis der neuen Zeit in sich trägt. Dann kann er sich auch über den Jammer der kapitalistischen Welt erheben; das Leben hat dann einen Inhalt und einen Zweck und je mehr man mit Bewußtsein lebt, umso teurer wird die Gegenwart, teurer um der Zukunft willen einer besseren Zeit. Und jede Arbeit für die Organisation ist Bewußtsein für das Massenleben, für die Stadt, die dermaleinst goldene Zinnen tragen soll!

Die Organisation macht den Menschen frei und es ist eine Tatsache, daß wir nur durch sie zu aufrechten Charakteren, der Gesellschaft gegenüber, werden können. Sie zeigt ihm die Mittel zum Handeln und macht des Menschen Willen zum obersten Gesetz. Damit aber treiben wir die Entwicklung vorwärts und werden selbst zu einem Teil des geschichtlichen Wirkens, der Ewigkeitswert besitzt. Und wenn wir heute große Arbeiterorganisationen vor uns sehen, so sehen wir damit, daß an Stelle der Gleichgültigkeit mehr und mehr das klare Bewußtsein getreten ist, daß wir vereinzelt nichts, vereinigt aber alles sind. Und wenn immer davon gesprochen wird, daß unsere Zeit in ihrem rohen Materialismus keine Ideale hat, so haben wir in dem Organisationsgedanken der Arbeiterschaft alle hohen sittlichen Werte zu einer Einheit zusammengefaßt. Und fürwahr, nur derjenige kann sich Kulturmann nennen, der mit klarem Bewußtsein die Ideen der Zeit mit verwirklichen hilft. Wer aber zaudernd, zögernd oder gleichgültig abseits steht, der hat seine Zeit nicht begriffen, der vernimmt nicht das Rauschen des Zeitstromes und entbehrt alles, was das Leben erst lebenswert macht, das Kämpfen und Streben für eine wirklich große Sache!

Das aber soll und darf nicht sein! Die besten der Arbeiterklasse opfern ihr Herzblut im Kampf für die Arbeiter. Und wer nun den Willen zur Tat in sich hat, hat auch tausendfache Gelegenheit, ein Kulturkämpfer werden

zu können. Welche Fülle von Belehrung bieten beispielsweise die Versammlungen der Arbeiterschaft, welche schneidige Waffe ist heute die Arbeiterpresse und welche tiefgründige Wissenschaft finden wir in den Arbeiterbibliotheken. Werden alle diese Dinge benutzt, wie sie es verdienen, dann wird der stumpfen Gleichgültigkeit der Boden errißen und die leuchtende Fackel der Erkenntnis bringt auch den letzten Geist zum Erwachen, daß es eine Lust zum Leben sein wird. Aus der klaren Erkenntnis heraus aber wird der Wille zur Macht erwachsen, der Wille zur Macht, der der Arbeiterklasse ihre angeborenen Menschenrechte erringt. Deswegen hinweg mit der Gleichgültigkeit!

Rundschau.

Eine amtliche Anerkennung des sozialen Wirkens unseres Verbandes. In Saalfeld a. S. ersuchte ein Kollege, der vorher in einem anderen Orte längere Zeit arbeitslos gewesen war, um Steuererlaß. Das Gesuch wurde von der herzoglichen Amtselnähme abgelehnt. In der Begründung dieser Ablehnung ist ein Satz enthalten, der es verdient, allgemein bekannt zu werden; er lautet: »Zudem sind die Lithographen und Steindruckere derart organisiert, daß wirkliche Not kaum vorkommen kann.« In diesem Satze liegt eine derartig hohe Anerkennung des sozialen Wirkens unserer Organisation sowie der ganzen Verbandstätigkeit und der Verbandseinrichtungen durch eine Staatsbehörde, daß man diese in den Amtsstuben erwachende bessere Einsicht über den Wert der Arbeiterverbände nur mit Genugtuung feststellen kann. Freilich sind wir nicht so optimistisch, anzunehmen, daß nun die Behörden aus dieser Anerkennung auch die Konsequenzen ziehen, den Gewerkschaften alle Hemmnisse aus dem Wege räumen helfen und schließlich auch bei den Steuererleichterungen ganz allgemein den Abzug der Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen als zulässig erklären werden. Allen noch abseits stehenden Kollegen sollte die amtliche Anerkennung unserer Organisationsarbeit aber eine ernste Mahnung sein, sich ebenfalls dem Verbandsanzuschließen und an seinem segensreichen sozialen Wirken tätigen Anteil zu nehmen.

Aus den Handelskammerberichten 1912. Saalfeld a. S. Im vergangenen Jahre war die Beschäftigung sowohl in der graphischen Branche (Steindruck, Lichtdruck, Lithographie) als auch im Buchdruckgewerbe zufriedenstellend. In Lithographie und Steindruck war die Beschäftigung in den Sommermonaten infolge der vorangehenden Aussperrung stärker als sonst. (Im Sommer 1911 mußten 15 Kollegen in einer Saalfelder Firma wegen Arbeitsmangel aussetzen und einige davon wurden gekündigt. Statt nun den Arbeitern in der Zeit, in der man sie nicht voll beschäftigen kann, bezahlte Ferien zu gewähren, sperrt man sie lieber in den Wintermonaten aus, damit in den darauf folgenden Sommermonaten die Beschäftigung wieder »stärker als sonst« wird. Das war also nach dem Saalfelder Bericht der Zweck der Aussperrung!)

Geschäftsergebnisse. Die Aktiengesellschaft für Kunstdruck in Dresden-Niederseditz gedankt für das letzte Geschäftsjahr 6 Prozent Dividende auszuschütten, gegen 4 Prozent im Vorjahre. — Die Deutsche Photogravur-Aktien-Gesellschaft in Berlin hatte einschließlich eines Verlustvortrages aus 1911 im Betrage von 239 Mark einen Bruttoüberschuß von 226624 Mark, der zu Abschreibungen verwendet wurde. Im Vorjahre ergab sich ein Verlust von 164417 Mk., der durch Sanierung geillt wurde. Dem Geschäftsbericht pro 1912 entnehmen wir folgende Mitteilungen, die interessante Ausblicke auf die Aussichten des Kupferdruckes eröffnen: »Am Schlusse des Geschäftsjahres war ein genügender Bestand an Aufträgen vorhanden und die Ergebnisse der ersten Monate des neuen Geschäftsjahres lassen eine weitere günstige Entwicklung erwarten. Im Laufe des vergangenen Jahres hatte der Kupferdruck durch Anwendung des Photogravurverfahrens im Weltspiegel des »Berliner Tageblatts« seinen ersten großen Erfolg im Zeitungsdruk zu verzeichnen. Auch in vielen anderen graphischen Großbetrieben ist man heute von der hervorragenden Eigenschaft des Kupferdruckes überzeugt, und man darf daher mit voller Berechtigung das künstlerisch wertvolle Verfahren als einen gewaltigen Fortschritt und als eine aussichtsreiche Bereicherung der graphischen Industrie bezeichnen. Durch die Rotogravur und die Internationale Tiefdruckgesellschaft, an denen wir bekanntlich stark beteiligt sind, wurden inzwischen Lizenzverträge in fast allen Kulturstaaten getätigt und es wird deshalb auch von dieser Seite ein größerer Gewinn für das laufende Jahr zu erwarten sein.« — Das Ergebnis der Firma F. Bruckmann Akt.-Ges. in München im Jahre 1912 war befriedigend. Sie erzielte einschließlich des Vortrages von 108344 Mk. (i. Vorj. 101910 Mk.) einen Reingewinn von 522275 Mk. (i. V. 589626 Mk.), aus dem wie im Vorjahre eine Dividende von 20 Proz.

ausgeschüttet werden soll! — Die Akt.-Ges. Vereinigte Kunstinstitute vorm. Otto Troitzsch in Schöneberg-Berlin, die noch für 1911 eine Dividende von 11,5 Prozent ausgeschüttet hat, schloß das Geschäftsjahr 1912 mit einem beträchtlichen Verlust von 96306 Mk. ab, der aus dem 141272 Mk. betragenden Reservefonds gedeckt werden soll. Dieses Jahr haben also die bedauernden Aktionäre einmal das Nachsehen.

Ein Brand brach in der Nacht vom 4. zum 5. Juni in der graphischen Kunst- und Verlagsanstalt Josef Scholz in Mainz aus und zerstörte einen Teil des Dachstockes des Fabrikgebäudes. Der Schaden ist durch Versicherung völlig gedeckt; der Betrieb kann in vollem Umfang aufrecht erhalten werden, eine Stockung in den Lieferungen wird nicht eintreten.

Warnung. In Nr. 9 der »Gr. Pr.« warnt die Zahlstelle Würzen die Verbandsfunktionäre durch ein Inserat vor dem Steindruck Paul Schedler aus Würzen i. S. Es hieß in der Warnung: »Der Genannte ist nicht mehr Mitglied, hat sich als Raubeiher schon unliebsam bemerkbar gemacht, und sucht überall Geld zu erlangen, was natürlich verloren ist.« Da Schedler trotzdem wieder in verschiedenen Zahlstellen Unterstützungen zu erlangen versucht, wobei er eine Interimskarte mit der Nummer 20738 vorweist, bringen wir diese Warnung in Erinnerung. Die in Nürnberg ausgestellte Interimskarte ist einzuziehen und dem Hauptvorstande einzusenden.

Druckfehlerberichtigung. Die Überschrift des Spitzenartikels im allgemeinen Teil der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« (Nr. 24, Seite 193, Spalte 1) muß lauten: »Der Arbeitsmarkt im graphischen Gewerbe 1912« statt »1911«.

Der Verband der Tapeten-, Wachsdruck- und Linoleumdrucker hat vor einiger Zeit seinen Rechenschaftsbericht für 1912 veröffentlicht. Danach hatte der Verband zu Beginn des Jahres 1912 in 12 Zahlstellen 260 Mitglieder, am Ende des Jahres in 13 Zahlstellen 326 Mitglieder. Er hat demnach 66 Mitglieder gewonnen. Die Einnahme betrug 8162,82 Mark, die Ausgabe 6837,18 Mk. Das Vermögen in der Hauptkasse betrug 3536,60 Mk. Als Unterstützungen an Mitglieder wurden ausbezahlt: Arbeitslosenunterstützung 347,64 Mk., Krankenunterstützung 2254,50 Mk., Sonstige Unterstützungen 816,48 Mk., Summa 3418,62 Mk. — Der »Proletarier« des Fabrikarbeiterverbandes, dem wir diese Angaben entnehmen, bemerkt dazu zutreffend: Die Zahlen dieser Abrechnung, namentlich die über den Vermögensbestand, zeigen, daß ein so kleiner Verband eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiter gar nicht sein kann. Wir wollen den guten Willen der Leutchen, die dieses Miniaturverbänden gezeugt haben, einmal gar nicht in Zweifel ziehen, aber mit dem guten Willen allein kann man doch heute keinen wirtschaftlichen Kampf führen und deshalb auch keine Verbesserung der Arbeitsbedingung durchsetzen. Das sollte doch auch den Druckern einleuchten. Es bedarf doch für sie nur einer sehr einfachen Berechnung, um zu erkennen, daß der Druckerverband ein Organisationsdünkel ist — und bleiben wird! —, das nicht einmal dem kleinsten Unternehmer Furcht einflößen kann. Es scheint allerdings, als ob diese Erkenntnis im Wachsen wäre, wenigstens führen wir gewisse Vorkommnisse an der Zentrale des Verbandes darauf mit zurück. Hoffen wir also auf gute Besserung und benutzen wir den Bericht, um diese Besserung zu fördern. Die Arbeiterschaft der Tapetenfabriken wird uns einst Dank wissen.

Der Nahrungsmittelaufwand ging nach den von Calver berechneten Indexziffern auch im April zurück, und zwar von 25,83 Mk. im März auf 25,61 im Berichtsmonat, also um 0,22 Mk. Da die Indexziffer im April 1912 noch 25,74 Mk. betrug, ist sie in diesem Jahre auch zum ersten Male etwas billiger als im gleichen Monat des Vorjahres, wenn auch nur um 0,13 Mk. Dabei darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß die Steigerung gegen das Jahr 1911 noch in erheblichem Maße fortbesteht, denn die Indexziffer für April 1913 war noch um 1,81 Mk. höher als im April 1911.

Über eine Steuerblüte wird aus Plauen i. V. berichtet. Die dortige Steuerbehörde hat das Gewerkschaftskartell für ein selbständiges »Unternehmen« erklärt und mit einem Einkommen von jährlich 1900 bis 2200 Mk. veranlagt. Wie man dieses Einkommen errechnet hat, ist vollkommen schleierhaft. Das Kartell soll 36 Mk. Staatseinkommensteuer und 45,60 Mk. Kommunaleinkommensteuer bezahlen. Natürlich wogert sich das Gewerkschaftskartell Plauen zu zahlen. Ob die erhobene Reklamation des Kartells von der Einschätzungs-kommission berücksichtigt wird, scheint freilich zweifelhaft; es hat den Anschein, als ob Plauen den Vorstoß nur macht, um vom sächsischen Oberverwaltungsgerichte die Steuerpflicht der Gewerkschaftskartelle feststellen zu lassen.

Die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 hatte bekanntlich zur Erlangung eines Plakats einen Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem etwa 600 Entwürfe eingegangen waren. Jedoch fand sich keiner darunter, der allen Anforderungen an künstlerischen Gehalt in Idee und Ausführung und zugleich an propagandistischem Wert entsprochen hätte. Die Ausstellungsleitung

hatte sich daraufhin mit Professor Walter Tiemann in Leipzig in Verbindung gesetzt, und ihn mit dem Entwurf eines neuen Plakats beauftragt. Dieser Entwurf ist so gut gelungen, daß er einstimmig gewählt und als Plakat für die Ausstellung erworben wurde. Professor Tiemann wird seine Arbeit selbst lithographieren. — Durch den ergebnislosen Wettbewerb wurden also in hunderten von Graphikern Hoffnungen erweckt, von denen nicht eine erfüllt wurde. 600 Entwürfe! Welcher Riesenaufwand von Zeit und künstlerischer Kraft wurde infolge dieses Wettbewerbs wieder einmal unnütz vergeudet, verschleudert und ganz ergebnislos vertan.

Die Messe für Papier- und Schreibwaren in Berlin, kurz Berliner Papiermesse genannt, wird in diesem Jahre in den Tagen vom 16. bis 18. August im Berliner Lehrer-Vereinshaus stattfinden. Veranstalter ist der Zentralverband der Schulbuchhändler, Papier- und Schreibwarendetailisten Deutschlands (Sitz Berlin).

Russische Justiz. Die angebliche Verurteilung eines deutschen Bergmanns namens Jakubik an der russischen Grenze zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Sibirien, weil er auf russischem Gebiete zugunsten der streikenden oberschlesischen Bergarbeiter Geld gesammelt und sonstige Agitation betrieben haben soll, hat zu einer Anfrage im Reichstag an den Reichskanzler durch den Abgeordneten Dr. Liebknecht geführt. Diese Frage wurde in der Sitzung vom 10. Juni durch den Geheimrat Lenze in folgender Weise beantwortet: »Das Auswärtige Amt hat von der Verhaftung des Bergmanns Jakubik Kenntnis bekommen, als die Anfrage des Abgeordneten Dr. Liebknecht erfolgte. Daraufhin sind durch den preußischen Grenzkommissar und den kaiserlichen Generalkonsul in Warschau nähere Erkundigungen eingezogen worden. Nach den inzwischen eingegangenen telegraphischen Berichten hat der Bergarbeiter Jakubik gegen eine russische Verordnung verstoßen, indem er russische Gelder für Streikzwecke gesammelt hat. Er ist infolgedessen in dem russischen Grenzort Nifka verhaftet worden, und es ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden, das voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß kommt. Es wird keine anderen Folgen haben als die Ausweisung. Für möglichste Beschleunigung des Verfahrens ist Sorge getragen worden.« Es ist also erfreulicherweise durch das sofortige Eintreten der Arbeitervertreter im Reichstage der russischen Justiz ein gehöriger Strich durch die Rechnung gemacht worden.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie findet vom 14. bis 20. September in Jena statt. Neben den regelmäßig wiederkehrenden geschäftlichen Verhandlungspunkten sieht die provisorische Tagesordnung Referate über die Malfeier (Referent Eberl) und die Steuerfrage (Referenten Wurm und Dr. Südekum) vor. Den Bericht des Parteivorstandes erstattet Scheidemann, den Kassenbericht Braun, den Bericht der Kontrollkommission Kaden und den Bericht der Reichstagsfraktion H. Schulz.

Vor dem Kaiserjubiläum am 16. Juni erließ der Verein der Industriellen des Reg.-Bez. Köln an seine Kölner Mitglieder das folgende vom 3. Juni datierte Rundschreiben, das den »Patriotismus« der Großindustriellen in bengalischer Beleuchtung zeigt: »Von einigen Seiten, besonders in der Presse, ist die Anregung gegeben worden, die Industriearbeiter am Montag, den 16. Juni, anläßlich der 25-jährigen Regierungsfeste des Kaisers, nachmittags zu beurlauben. Es erheben sich gegen diesen Vorschlag doch erhebliche Bedenken, erstens mit Rückblick auf die daraus sich ergebenden Berufsställe, dann auch in Anbetracht dessen, daß bei der Menge der Feiertage es nicht im Interesse der Arbeiter liegen kann, die Arbeit an einem halben Tage ruhen zu lassen. Nachdem auch der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller seinen Mitgliedern mitgeteilt hat, daß die maßgebenden Firmen sich geneigt haben, dem auch dort laut gewordenen Wünsche vorbedachter Art aus betriebstechnischen Gründen nicht Rechnung zu tragen, empfehlen wir unseren Mitgliedern, unter allen Umständen zu vermeiden, daß eine allgemeine Einstellung der Betriebe an dem bezeichneten Nachmittage stattfindet, dagegen denjenigen Arbeitern, die aus triftigen Gründen, z. B. als Mitglied der patriotischen Vereine oder Inhaber öffentlicher Ämter usw. Urlaub zu haben wünschen, diesen zu erteilen, jedoch nicht unter Fortzahlung des Lohnes.« — Selbstverständlich verziehen die klassenbewußten Arbeiter gern auf einen Feiertag aus solchem Anlaß. Den patriotischen Arbeitern ist aber zu gönnen, daß sie für die Teilnahme am Jubiläum durch Lohnentziehung bestraft werden. Sie können sich an den Ausbeutern ein Beispiel nehmen, für die mit der Gemüthlichkeit auch der Patriotismus beim Geldbeutel aufhört; der ganze Jubiläumsumrummel ist ihnen zuwider, sobald dadurch ihre Mehrwertshinderei beinträchtigt wird.

Generalversammlungen und Kongresse.

Bäcker und Konditoren. Vom 1. bis 5. Juni tagte zu Frankfurt a. M. die 13. Generalversammlung des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen. Die Zahl der Mitglieder stieg in der Geschäftsperiode um rund 10000 von 20350 am Schluß des Jahres 1909 auf 30061 Ende 1912. Unter den 30061 befinden sich 4909 weibliche

Mitglieder. Das Vermögen des Verbandes wurde in den drei Jahren nahezu verdoppelt. Es betrug am 1. Januar 1910 214210 Mk., Ende 1912 aber 410852 Mk. Die Einnahmen betragen 1919725 Mk., die Ausgaben 1723082 Mk., der Überschuß also 196642 Mk.; davon entfallen 28731 Mk. auf die Lokalkassen. Die Auflage des Verbandsorgans betrug im letzten Jahre rund 33000 Exemplare wöchent- lich. Um das fachwissenschaftliche Gebiet intensiver zu pflegen, ist beabsichtigt ein besonderes Blatt zu schaffen, das monatlich einmal in Heftform er- scheinen soll. Das neue Organ soll den Titel »Technik und Wirtschaftsleben im Bäckerei- und Konditoreigewerbe und der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie« erhalten und im August herauskommen. Das Gauleitersystem wurde auf- gehoben; die Gauleiter kommen als Sekretäre in das Hamburger Hauptbureau, nur der Berliner Gauleiter bleibt als Hauptvorstandsmittglied in Berlin. Der Verbandstag befaßt sich außerdem eingehend mit Lohnbewegungen und Streiks, mit dem Terrorismus der Arbeitgeber, den »Wohlfahrts- einrichtungen« der Unternehmer und dem Tarif- vertrag in den Konsum- und Genossenschafts- bäckereien.

Hutarbeiter. Der Verband der Hut- und Filz- warenarbeiter und -arbeiterinnen hielt vom 9. bis 14. Juni in Berlin seinen elften Verbandstag ab. Die Mitgliederzahl ist seit 1910 von 8171 auf 11081, also um 2917 = 35 Proz gestiegen. Von den Mit- gliedern waren 5259 weiblichen Geschlechts. Durch 334 Lohnbewegungen wurden in der Berichtsperiode für rund 5000 Beteiligte 500000 Mk. an Lohn- erhöhungen und für 3812 Beteiligte Überstundenzu- schläge erreicht. Das Verbandsvermögen beträgt 339713 Mk. Die Verschmelzung mit dem Blumen- arbeiterverbände wurde veragt. Bei der Revision des Statuts wurden die Filialen zur Erhebung von lokalen Beiträgen neben dem Verbandsbeitrage verpflichtet. Die Lokalbeiträge sollen 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder be- tragen. Ferner beschloß der Verbandstag eine Revision der Unterstützungseinrichtungen, die energische Förderung des Tarifvertragswesens und eine den Zeitverhältnissen entsprechende Neu- regelung der Gehaltsskala für die Angestellten.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 16. Juni 1913.

Vom Rüstungskoller in Deutschland. Die neue Heeresvorlage. Die Deckung des Milliardenopfers. Reichstagsauflösung? Die Eröffnung des Landtages in Preußen. Das Jubiläum des Byzantinismus.

Mars regiert die Stunde. Seit Wochen schon saßen die Mitglieder der Budgetkommission über der Wehrvorlage, während sich der übrige Teil der Reichsboten noch der Ferien erfreute. Aber auch nach dem Reichstagszusammentritt mußte die Budgetkommission noch heißig tagen, um die Milliardenvorlage baldmöglichst vor das Plenum bringen zu können. Denn die Regierung muß über das Schicksal ihrer Vorlage bis um Anfang Juli herum Gewißheit haben, wenn sie in diesem Jahre der Jubiläen und Opfer die Mehraushebungen von Rekruten noch bewerkstelligen soll. Es könnte zum Lachen reizen, wenn es nicht so traurig wäre und die ganze Lächerlichkeit unseres Parlamentarismus so offenbar darlegte. Seit 42 Jahren hat Deutschland keinen Krieg gehabt und den letzten, den es damals führte, hat es für sich siegreich be- endet. Seit dieser Zeit arbeitet Deutschland an der Vervollständigung seiner Rüstung zu Wasser und zu Lande. In immer kürzeren Zwischenräumen wurden dem deutschen Volke Neubewilligungen an Rekruten, Kanonen und Schiffen zugemutet, bis es endlich als Selbstverständlichkeit gilt, daß Jahr für Jahr neues Material an Menschen und Mord- maschinen dem Moloch in den unerfülllichen Raden gestopft wird, immer neue und größere Summen aus der Volksmasse gepreßten Geldes dem Marinismus und Militarismus geopfert werden. Es war einmal — da versiegten sich auch Liberale und demokratisch angehauchte Zentrümmer dazu, der Regierung ein »Nein« bei Heeresforderungen entgegen- zusetzen. Einmal wollten die einen von 100000 Mann 30000 und die andern gar 60000 streichen. Und die Gefahr muß damals fürchterlich akut ge- wesen sein, denn schon 5 Jahre vorher hatte man den gutmütigen Deutschen auf Bilderbogen vor Augen geführt, wie der revanchehungrige Franzose dem deutschen Bauer die letzte Kuh aus dem Stalle holte. Er kam zwar nicht dazu. Wahrschein- lich hatten die transrheinischen Bewohner vor dem bewilligten Septenat Angst gekriegt. Aber die Liberalen sowohl als das Zentrum ließen es darauf ankommen und zweimal, 1887 und 1892, wurde der Reichstag wegen abgelehnten Heeresforderungen aufgelöst. Noch einmal spielten abgelehnte mili- taristische Forderungen, diesmal für die Kolonien, den Vorwand zur Reichstagsauflösung. Es war 1906 im Dezember, als Dernburg einen Nachtrag von 29 Millionen Mark und 14000 Mann Schutz- truppen nicht bewilligt erhielt. Daran waren aller- dings die Liberalen aller Schattierungen bereits un- schuldig. Aber in allen diesen Fällen ist durch die zunächst erfolgte Ablehnung der Vorlage der Be- stand des Deutschen Reiches nicht gefährdet worden. Obwohl auch da die Regierung warten mußte, sind unreine Nachbarn nicht über Deutschland hergefallen und haben es vernichtet.

Und heute? Die Revandephrasen einiger fran- zösischer Chauvinisten nimmt kein vernünftiger Mensch mehr ernst. Ebensowenig die franzosen- fresserischen Hurraausbrüche etlicher überspannter Alldentscher. Mit England leben wir im tiefsten Frieden. Für die abgedämpften Sedandellirnen mußte darum Ersatz geschaffen werden. Schüchtern zunächst tauchte daher das Gespenst der sla- wischen, der panslawistischen Gefahr auf. Doch kaum einer wollte daran glauben, bis endlich einer, des Reiches erster Beamter, vor den staunenden Augen der Volksvertreter und des ganzen Volkes das Windel der slawischen Gefahr entpeltete. Mit einer Handbewegung legten die Sozialdemokraten das Monstrum beiseite. Weder Herr Bethmann noch seine Freunde machten große Anstrengungen, um von der unwahrscheinlichen Begründung der Vorlage etwas zu retten. Was übrig blieb war ein »Nichts«. Und wegen dieses Nichts muß der Reichstag und müssen seine Kommissionen Expreß arbeiten. Denn die Regierung muß bis zum 1. Juli ihre Vor- lage bewilligt erhalten haben. Daß sie sie bekommt, darüber ist kein Zweifel vorhanden. Daß sich aber der Reichstag als auf den schnellsten Gang gestellte Bewilligungsmaschine gebrauchen läßt, ist geradezu ein Schandmal unserer »aufgeklärten« Zeit. Glaubt schon niemand an die slawische Gefahr, so hält es jeder einzelne für blödsinnig, daß Deutschland von seinen Feinden überschwenmt würde, wenn nicht bereits in diesem Jahre 68000 Rekruten mehr aus- gehoben würden. Lediglich die Sozialdemokraten aber machen sich die Mühe, alle Register gegen die unerhöhte Zumutung der Galoppverhandlung über die Vorlage wie gegen die neue Belastung des Volkes überhaupt zu ziehen; während die Auch- liberalen und Auchdemokraten im schwarzen Rock sich nur in Bewilligungstönen überbieten. Wie kaum je vorher versetzen die letzteren ihrer eigenen Ver- gangenheit einen Fußtritt. Doch halt; alles bewilliger sie ja nicht. Sie haben sogar schon Abstriche gemacht. Drei Kavallerie-Regimenter soll die Regierung nicht erhalten. Das bedeutet ungefähr soviel, daß die Regierung statt der geforderten ca. 135000 nur 133000 Mann bekommt. Der Reichskanzler aber, der an den Tagen, an denen die Gegner der Vor- lage sprachen, keine Zeit für die Reinsbotten hatte, elkte nach dem Königssitze und ließ eine eindring- liche Rede vom Stapel zur Sammlung aller bürger- lichen Parteien für die 3 Kavallerieregimenter. Viel- leicht bekommt sie die Regierung nun gar noch in der dritten Lesung als Extrageschenk. Außerdem ist die bürgerliche Mehrheit sonst noch dabei, einen Papierkorb voll Resolutionen zur Herbführung kleiner Verbesserungen im Heereswesen anzu- nehmen; alle direkten Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten werden dagegen unter den Tisch gestimmt. Aber auch die Resolutionen ließ der Kanzler bereits als »Fremdkörper« über die Köpfe seiner Freunde zurückflattern. Wahrlich, die Satiriker unserer Zeit finden eine köstliche Aufgabe. Mehr als einmal müßen einem in dieser Zeit die doppel- und dreifach zutreffenden Worte Scheldemanns in Erinnerung kommen: »Daß die Regierung eine solche Riesenforderung ohne irgend welche stichhaltige Be- gründung einbringen konnte, liegt nicht daran, daß die Regierung so hoch steht, sondern daß die bürger- lichen Parteien so jämmerlich tief gesunken sind.« Diese Jämmerlichkeit erhält noch eine besondere Note durch die Schanderei, die jetzt um die Kosten- deckung der Vorlage im Gange ist. Während sich seit einigen Wochen das gesamte Bürgertum in der Erinnerung an das Volkserwachen vor 100 Jahren sonnt und die nationale Phrase ein gangbarer Ar- tikel ist, zerrn und drücken sich seine politischen Vertreter hin und her, wer die meisten Prozenten zu dem Volksoffer beitragen soll. Nicht einmal die weihvolle Stimmung, die das Kaiserjubiläum er- zeugte, vermochte den Kuhhandel zu unterbreuen. Selbstredend dreht es sich um Besitzsteuerern. Die große Frage ist, ob die Deckung mit den Konser- vativen oder den Sozialdemokraten bewilligt werden soll. Der Patriotismus und die Kaiserstreue der Konservativen äußert sich darin, daß sie ihre Gegen- schaft gegen die Erbschaftsteuer, gegen reine Be- sitzsteuerern von Reichswegen nicht aufgeben und andererseits von ihrer Forderung nicht ablassen, daß, ehe die Wehrvorlage bewilligt wird, erst die Deckungsfrage erledigt sein muß. Nationalliberale, Fortschrittler und Zentrum sind für die Wehrvorlage und für Besitzsteuerern, verfügen aber nicht über die Mehrheit. Geben sie darum den Konservativen keine bestimmten Versicherungen in der Besitzsteuerfrage, so wird die Verabschiedung der Vorlage bis zum 1. Juli von den Konservativen mit den selbstver- ständlich dagegen stimmenden Sozialdemokraten verhindert und der Kladderadatsch ist da. Der Reichs- tag wird aufgelöst.

Es wäre allerdings ein bitterer Schmerz, wenn gerade in diesem Festjahre der konstitutionelle Absolutismus die Volksvertreter heimlichste. Zudem ist es noch sehr fraglich, ob das Volk sich durch diese Züchtung zum Bessern bekehrt. Denn wie 1912 würde auch 1913 der Reichstagswahlkampf um die Erbschaftsteuer geführt werden. Und zwar in verbesserter Auflage, da es sich diesmal um die Autbringung von Mitteln zur Deckung einer in den weitesten Kreisen unsympathischen Milliardenfor- derung handelt. Obwohl die Regierung bei den Reichs- tagsauflösungen bisher immer gute Geschäfte in der neuen Zusammensetzung des Reichstags machte, so drücken sie jetzt wohl doch einige nicht geringe

Zweifel, ob Rüstungsrummel und Jubiläumstamntam über Zahlungsscheu siegen werden. Dieselben Zweifel plagten auch die Liberalen beider Richtungen und das Zentrum. Denn ihr und der Regierung Abscheu vor einem weiteren Anwachsen der sozial- demokratischen Mandatszahl überwiegt ganz gewallig ihr Interesse an Besitzsteuerern. So sehen wir denn die liberalen Helden bereits vor der junkerlichen Starrköpfigkeit zurückweichen. Es scheint fast, als ob sogar die Liberalen ihren eigenen Mandatgeber für die Erbschaftsteuer die Kosten der Vorlage ohne die Erbschaftsteuer aufhalten wollten. Auf diese Weise versumpft und versandet dann das bischen Liberalismus völlig in der Reaktion. Wer dabei nur einzlig und allein Vorteile hat, ist unschwer zu erraten.

In goldumstrahlter Glorie ist nun auch der preußische Landtag wieder eröffnet worden. Aller- dings noch nicht um gesetzgeberische Arbeit zu leisten, sondern nur als Verzierung für die Re- gierungsfeierlichkeiten. Fast hätte man ihn zwar gleich nach der Eröffnung wieder in die Ferien ge- schickt, aber die braven Dreiklassenmänner emp- fanden es als eine doch etwas sehr starke Zu- mutung, daß sie nur nach Berlin kommen sollten zur Wahl eines Präsidiums, das dem Jubiläum seine untertänigste Aufwartung zu machen hätte. Die Regierung ließ sich denn auch gerührt bewegen, die Vertagung bis nach dem 16. Juni zu vertagen. An Stelle der Thronrede gab es eine trockene Huldigung Bethmann-Hollwegs an den Kaiser, ohne das etwas zu versprühen war von einer Be- achtung der Volksnot und des Volkswillens. Die Frage: Volksparlament oder königliches Parlament? macht dem Kanzler kein Kopfzerbrechen, noch weniger aber wohl den »Volks«-boten. Sie sind durchaus mit der Lösung im letzteren Sinne zu- frieden.

Die Parallele zwischen heute und vor 100 Jahren ist geradezu ergötzlich. Damals raffte sich das Volk auf, um Preußen von der Fremdherrschaft zu befreien und stellte dabei seine Fürsten beiseite. *... Ein Artikel extra rar, ein Preußenkönig, ein Kaiser, ein Zar. Doch sind diese Püppchen höchst diffizil. Wir lassen sie lieber aus dem Spiel.* So Gerhart Hauptmann im Breslauer Jubiläumstestspiel. Und heute kommandiert die Regierung das Volk nach Berlin, um es als Staffage zu höfischen Festlichkeiten zu verwenden. Das ist auch ein Jubiläum: das Jubiläum des Byzantinis- mus.

Deutsche Gewerkschaften auf der Leipziger Baufach- ausstellung.

Vom gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens, von Deutschlands hochent- wickelter Industrie und Technik spricht diese Aus- stellung zu dem Beschauer. Der moderne Bau in seiner Außen- und Innenarchitektur tritt uns über- all entgegen. Nicht allein äußere Baukunst, auch Baustoffe, Kunstindustrie, Kunstgewerbe und Raum- kunst haben hier eine Stätte gefunden. Und der Betonbau, die stark emporstrebende neue Bauart, ist vorherrschend. Die große Betonhalle, die mit ihren Anbauten eine Fläche von 10000 Quadrat- metern einnimmt, und deren 30 Meter weiter Spannraum von 16 gewaltigen Betonsäulen ge- tragen wird, ist ein imponierendes Wahrzeichen moderner Bautechnik. Und ein Meisterwerk moderner Baukonstruktion ist eine als Monument des Eisens bezeichnete, achtgedige, aus Eisenträgern hergestellte Ausstellungshalle des Stahlwerkverbandes und des Vereins Deutscher Brücken- und Eisenbaufabriken, oben gekrönt mit einer weithin sichtbaren ver- goldeten Kugel.

In den Innenräumen der Ausstellungshallen aber, besonders in den Maschinenhallen, wird der Laie oft voller Bewunderung stehen bleiben, um die fast gigantische Technik moderner Maschinen zu bewundern.

So kann der Ausstellungsbesucher in dem stolzen Bewußtsein, daß deutsche Kunst, Technik und Wissenschaft erneut ein Beispiel hohen Könnens geliefert haben, die Ausstellung verlassen, wenn er versäumt hätte, die Kehrseite dieser glitzernden Medaille zu besehen. In der Halle für Kunst und Wissenschaft lernen wir schon eine etwas kritische Betrachtung dieser glänzenden Industrieentwicklung. Wir treffen dort einige Bekannte von der hygie- nischen Ausstellung in Dresden wieder. Das Reichs- versicherungsamt hat auch hier in tabellarischen und statistischen Darstellungen die Leistungen der Arbeiterversicherung gezeigt. Tischmodelle und Photo- graphien zeigen uns Helmschilde und Invalidenhelme, die den flüchtigen Ausstellungsbesucher oft zu be- wundernden Aussprüchen veranlassen, ohne das er bedenkt, wieviel Wunden hier geheilt werden müßten, die der Industrialismus dem Arbeiter schlug. Während hier die sogenannte Arbeiter- wohlfahrt zur Anschauung gelangt, sind in der- selben Abteilung aber auch schon die Gefahren, denen die deutschen Arbeiter im Baugewerbe und in der Industrie ausgesetzt sind, treffend darge- stellt. Photographien und Präparate über die Berufskrankheiten der Bauarbeiter geben hier ein

Bild erschlütternder Tragik. Professor Dr. Sommerfeld zeigt an verschiedenen Präparaten die den menschlichen Körper verheerenden Bleivergiftungen und an einer großen Reihe anderer Präparate Erkrankungen durch andere gewerbliche Gifte und Berufskrankheiten. Ihm reibt sich Professor Dr. Rieke-Leipzig mit einer Ausstellung über die Hautkrankheiten der Maurer an, und der Ohrenarzt Dr. Alfred Peyer-Charlottenburg zeigt an eben solchen Präparaten und Photographien die Bauarbeit in ihrem Einfluß auf menschliche Gehörorgane.

Sind hier neben der Unfallstatistik auch Unfallkrankungen und Berufskrankheiten gezeigt, so war es notwendig, auch ihre Verhütung darzulegen. Diese Lücke die in der Ausstellung sonst gewesen wäre, hat die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ausgefüllt. Damit wurde zugleich auch ausgedrückt, daß die Arbeiter den Arbeiterschutz als grundsätzliche Forderung vertreten müssen: die Arbeiterversicherung lindert nur die schädlichen Folgen der Industriearbeit, der Arbeiterschutz soll sie verhüten.

Die deutschen Gewerkschaften sind keine Neulinge als Aussteller. Sie haben sich mit Erfolg schon darin betätigt; so besonders bei Heimarbeitersausstellungen. Aber auch einzelne Verbände, so der der Steinsetzer und der der Holzarbeiter, waren auf anderen Ausstellungen schon vertreten. Vor zwei Jahren, bei der Dresdener hygienischen Ausstellung, planten die Zentralverbände eine Ausstellung größeren Stils, in der außer Bauarbeiterschutz auch wieder Heimarbeiterschutz und überhaupt die Hausindustrie mit ihren Schädigungen und vor allen Dingen die kolossalen Gefahren der chemischen Industrie zur Darstellung gebracht werden sollten. Scharfmacherkräfte hatten damals den Plan der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Verbände hintertrieben. Sie waren auch diesmal wieder am Werke, allerdings erfolglos, denn die Ausstellungsleitung in Leipzig schenkte den Scharfmachern nicht so williges Gehör, wie die Dresdener. Wäre damals die Ausstellung somit umfassender und vollständiger geworden, so darf man doch von der Ausstellung der deutschen Zentralverbände in Leipzig behaupten, daß sie auf dem engeren Gebiete des Bauarbeiterschutzes als wohlgeplante bezeichnet werden kann. Sie wäre sicher noch vollständiger und erschöpfender in der Darstellung geworden, wenn nicht die an der Ausstellung in der Hauptsache beteiligten Verbände durch andere Umstände in der sehr zeitraubenden Ausstellungsarbeit behindert worden wären. Die Organisationen der Bauarbeiter, Zimmerer, und Maler hatten in diesem Jahre mit ihren sehr schwierigen Tarifverhandlungen zu tun, die die Arbeiter der Ausstellung ein wenig zurückdrängten.

Wollte den Bauarbeitern von der Ausstellungsleitung zugesichert war, daß sie ohne ähnliche Beschränkung wie sie die Dresdener Ausstellungsleitung seinerzeit wollte, als Aussteller zugelassen werden, beteiligten sie sich an der Ausstellung. Es entspricht ihrer Größe als gewerkschaftliche Verbände und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben, daß sie unter den Ausstellern anzutreffen waren. Zeigen sonst die anderen Aussteller, die Industrie und Baufirmen, ihr großes Können, wobei sie als Aussteller auch wesentlich als Geschäftsunternehmer geschäftlich interessiert sind, so wird hier im Gebäude der Generalkommission frei von diesen Hauptabsichten nur vom Standpunkt der Technik und Wissenschaft aus das Ausstellungsobjekt dem Besucher gezeigt.

Da steht ein unscheinbares Haus, mit Gerüsten rings umstellt. Von seinem Giebel herab leuchtet weithin über das Ausstellungsgebäude ein Schild: *»Bauarbeiterschutz«*. Es ist die Ausstellung der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission. Doch der Schwarm der Ausstellungsbesucher wendet sich ihm selbst am »billigen Sonntag« weniger zu, in der Meinung, daß es sich hier um ein noch unfertiges Ausstellungsobjekt handelt. In der Ausstellung ist noch vieles unfertig, und das Haus der Generalkommission auf der Ausstellung macht auf den Nichtkenner äußerlich den Eindruck des Unfertigen, eben weil Gerüste an ihm angebracht sind. Doch dieser Bau soll weder Baukunst zeigen, noch durch architektonische Schönheit auffallen. *Das Haus ist hier nur Kulisse, die Gerüste an ihm sind das eigentliche Ausstellungsobjekt.* Alle diese Gerüste, die da zu sehen sind, werden während der Ausstellung so stehen bleiben. Durch sie soll den Ausstellungsbesuchern, besonders den Ingenieuren, Bauherren, Technikern und Interessenten ein Anschauungsunterricht erteilt werden, wie bei Hausbauten Gerüste beschaffen sein müssen, damit sich kein Unfall ereigne. An diesem Gerüst werden die Forderungen der Bauarbeiter für einen besseren Bauarbeiterschutz demonstriert, wird das absolut Notwendige für die Unfallverhütung gezeigt. Die Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Glaser, Töpfer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Steinarbeiter und Steinsetzer zeigen hier, was im Innen- und Außenbau von ihnen als Bauarbeiterschutz erstrebt wird, um Unfälle zu verhüten. Sie haben denn auch nicht allein durch die Ausstellung der Gerüste theoretisch und demonstrativ bewiesen, daß Unfälle zu verhüten sind, sondern durch die Praxis. Beim Bau des Hauses der Generalkommission geschah kein Unfall, an ihm klebt kein Blut, so interessiert auch von anderer Seite darauf gewartet wurde, daß auch dort, wie in anderen Ausstellungshallen, die Behauptungen der Unter-

nehmer und der Berufsgenossenschaften bestätigt werden sollen, wonach im Baugewerbe die Zahl der Unfälle durch weitere Schutzeinrichtungen nicht mehr verringert werden könnte.

Eine Baubude für Bauarbeiter, ein transportabler Unterkunftsraum für Straßenarbeiter, eine Schutzhütte für Steinmetzen, Aborte mit den notwendigen sanitären Einrichtungen für Bau- und Straßenarbeiter vervollständigen das Äußere des Ausstellungsobjektes.

Im Innenraum des Hauses aber erhielt das Völkerschlachtdenkmal ein Pendant. Vom Schlachtfeld der Arbeit erzählen uns hier tabellarische Darstellungen und Photographien, vom Schlachtfelde, das alljährlich von Hunderttausenden deutscher Arbeiter bedeckt ist und ohne Unterbrechung ständig neue Opfer sieht. Der Tod von 9443 Arbeitern und die Schmerzschreie von 716584 durch Unfälle Verletzten im Jahre 1911 sind wichtige Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz in Deutschland. Und anklagend gegen den unzureichenden Arbeiterschutz reden die vom Holzarbeiterverband in Photographien ausgestellt, entsetzlich versümmelten Hände der Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter sich in die Höhe, zeigen die vom Malerverbände ausgestellten verkrümmten Gliedmaßen und entstellten Gesichter der Bleikranken, welche Verwüstungen an Menschenleben und Gesundheit der menschenfressende Kapitalismus anrichtet. Der Metallarbeiterverband zeigt an elektrisch belichteten Glashphotographien, mit welcher Tollkühnheit der Arbeiter in schwindelnder Höhe in Eisengerüsten und Brückenbauten herumklettern muß, ohne irgendwelche Schutzvorrichtungen, während der Steinarbeiterverband das Gesundheits-schädliche und Gefährliche der Steinbrüche vorführt.

Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz! Nicht tendenziös, man kann sagen: unpersonlich treten sie dem Ausstellungsbesucher gegenüber. Er sieht, was an Unfällen und Erkrankungen verhütet werden könnte, wenn ausreichende Schutzvorrichtungen in Übung wären.

Unsere deutschen Gewerkschaften sind immer mehr dazu übergegangen, ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung nicht allein in Eingaben und Resolutionen niederzulegen, sondern sie durch Tatsachen zu begründen. Eine solche Tatsachengründung für besseren Bauarbeiterschutz ist die Ausstellung der Gewerkschaften in der Leipziger Bauausstellung. Möge sie in jenen Kreisen auch nicht ohne Eindruck bleiben, die für diese berechtigten Forderungen der Arbeiter in der Gesetzgebung mitwirken könnten. gn.

Arbeitslosenbildung.

In Nr. 44 des Jahrganges 1911 der *»Graph. Presse«* (Seite 367) erschien ein Artikel mit der mahnenden Überschrift: *»Stehende, nützt die Zeit!«* Darin wurde angeregt, die freie Zeit, die viele unserer Kollegen infolge des großen Kampfes in unserem Gewerbe hatten, zu einer umfassenden Bildungsarbeit zu benutzen. Dieser Vorschlag wurde erneut aufgenommen und auf das große Heer der Arbeitslosen erweitert durch einen Artikel, den Genosse *Albin Reibmann* in Nr. 12 des laufenden Jahrganges des *»Korrespondenzblattes«* veröffentlichte. Wir glauben, zur Verwirklichung der guten Idee einen Teil beitragen zu können, wenn wir den Artikel durch die Übernahme in unser Blatt den Kollegen bekannt geben und ihm den Beachtung aller in Frage kommenden Instanzen empfehlen.

Die Arbeitslosigkeit greift in das Arbeiterleben ein wie die Peitsche des Sklavenhalters ins Dasein des Sklaven. Sie muß ihm jeden moralischen Halt rauben. Unverdient empfindet der Arbeiter sie als eine Schmach. Die Existenz der Familie ist erschüttert. Der Glaube an die Gesellschaft wird vernichtet. Die Wundenlöcher, das karge Bett seines Lebens, heilen den leidlichen Hunger fern. Das Elend verlumpt die Gesinnung und den Menschen. Die Arbeitslosigkeit ist für die Gesellschaft die moralischste Pest.

Was sollen wir tun?

Wir können die Arbeitslosigkeit nicht mit einem Schlag aus der Welt schaffen. Ist ihre Wirkung dem einer Pest gleichzustellen, so ist ihre Ursache so weit verbreitet und so tief verankert in unserer Wirtschaft wie das Heer der Bazillen in einem versuchten Volke. Der Mensch kommt immer zuerst darauf, den Schmerz zu lindern, ehe er ihn in seiner Ursache erkennt und bekämpft. So kämpfte das Mittelalter gegen die Pest mit Palliativen, unsere Zeit beseitigte sie mit der Hygiene. Aber der Wandel der Völker bringt neue Gefahren und neue Fragen, nur der Mensch mit seinen Methoden ist alt. Kann die großartigste und idealste Arbeitslosenunterstützung, von der wir noch himmelweit entfernt sind, die Arbeitslosigkeit beseitigen oder auch nur verringern? Nein. Kann der vielgepriesene menschliche Geist der Erscheinung nicht voraussehen und vermag er nicht das Ereignis zu lenken? Er hat es tausendfach bewiesen und niemand wird es bezweifeln. Aber was steht ihm in unserem Falle entgegen? Die brutale, plumpe und geistlose Gewalt des blanken Metalls, die die Völker unterjocht und den Menschengeist zum Bettler macht — und er wollte doch König sein!

Einstweilen stehen wir mit stockendem Atem dabei und sehen diesem schandbaren Schauspiel zu.

Was können wir tun? Wir können das Eisen schmieden, so lange es warm ist. Wir können die Flammen schüren, aus der die Geister steigen, die jene Gewalt niederbringen. Vieltausendfältige Kräfte liegen noch brach.

Jeder Arbeitslose ist eine Zahl, ein Wert, eine Kraft, wenn wir sie wecken. Wir haben Millionen aus Groschen gesammelt und sie wieder in Groschen verteilt, wir haben Ketten um die Toten gelegt und sie zum Leben zu wecken versucht. Aber jedes Leben ist wertlos, das nicht neues Leben erzeugt. Das zeigt uns jede Pflanze und jedes Tier, sollte das nicht auch vom Menschen gelten? Über die Antwort sind wir längst einig.

Was leistet der Arbeitslose, der Unterstützung empfängt? Diese Unterstützung ist kein metallenes Geschäft, sie ist eine sittliche Verpflichtung. Sittliche Werte kann man nur wieder an sittlichen messen. Wir lassen diese Werte unverwertet daliegen — warum?

Knüpften wir die Arbeitslosigkeit an die Schule und an die Pflicht des Lernens und Wirkens! Vielleicht versuchen wir zuerst die alte Strategie: Freiwillige vor! Unzählige Kräfte werden verzettelt mit dem Suchen nach dem Rechten: wir haben längst angefangen, die jungen Kräfte zu lenken, weil wir mußten. Warum sollten wir nicht fortfahren, die Kräfte zu sammeln, wo sie sich wild tummeln und dem Zufall, der Verwirldung entgegengehen? Je weiter man denkt, um so klarer wird man, um so fester wird man in dem, was man will. Die Arbeitslosenunterstützung ist nur eine metallene Kette, die Arbeitslosenschule wird lebendige Banden schmieden, wird lebende neue Kräfte schaffen. Nicht der Tauschwert eines Volkes ist sein Reichtum, sondern seine Produktivkräfte, nicht die Millionen sind unsere Kraft, sondern unser Geist, unsere Solidarität, unsere werbenden lebendigen Kräfte. Wir glauben noch an den lebendigen Geist und seine Kraft und wir hoffen von ihm den Sieg über die tote Gewalt der Metalle. Die Geschichte der Menschheit ist unser Zeuge. Schlummernde Kräfte zu wecken ist ja unser aller Ziel.

Oft kam ein lebensfrischer Gedanke zu früh, wenn die praktische Welt ihn nicht aufbrauchen konnte. Der Arbeitslosenboden ist der fruchtbarste Acker. Was haben wir Heloten in zwanzig Jahren geleistet! Einen »neuen Staat im Staate« haben wir geschaffen, »mit eigenen Gelehrten, Künstlern, Bürokraten, Schriftstellern« usw. Das ist mehr als viel, darf man sagen. Wer wird daran zweifeln, daß wir unsern Willen in einer solchen Sache nicht durchzusetzen vermöchten. Wir haben ja große Schulen — Hochschulen — für uns geschaffen. Wir brauchen auch eine eigene Volksschule. Der Staat — der Außenstaat — wird sie uns nicht geben. Wir gehen alle täglich in die Schule, wenn wir Zeitungen und Bücher lesen, ja wir bringen Opfer dafür, daß wir lernen dürfen. Wir finden weder die Schule noch das Lernen für den Erwachsenen lächerlich. Die alte Generation hielt das für überflüssig, die Jungen denken darüber anders. Wir haben in den größten Städten Ansätze. Wir müssen große Räume schaffen für die Arbeitslosen, für den Arbeitsnachweis und den Aufenthalt der Arbeitslosen während eines großen Teils des Tages. Wir kontrollieren den Arbeitslosen verschiedentlich in seinem Tun und Lassen. Gehen wir einen Schritt weiter. Kein demoralisierender Zwang dürfte angewandt werden, nur eine gewisse sittliche Pflicht würde damit verbunden, das Gelernte später in der Werkstatt und Fabrik weiter zu tragen, dort zu wirken in dem Sinne, wie die Schule lehrte. Fleiß und Intelligenz sind genug in der jungen Generation zu finden, an Beteiligungsmangel wird keine Schule leiden. Bei zu großem Andrang werden die Schüler ausgeselen, wie heute bei unseren Bildungsanstalten, aber im Ideal müßte jeder willige Arbeitslose Teilnahme und Belehrung finden.

Über den Lehrstoff wird kaum großer Streit entstehen. Wer die Diskussionen in den Fabriken kennt, weiß, daß in der Masse viel Unklares und Falsches nistet und verderblich wirkt. Andersseits kann niemand bestreiten, daß der Arbeiter nach Klarheit und Kenntnissen sucht, die ihm künstlich vorenthalten werden vom bürgerlichen Staat. Sozialpolitische, gewerbehygienische und ökonomische Kenntnisse geben erst die Voraussetzung zum überzeugten Klassenkämpfer. Die Arbeitslosenschule soll keine Genies züchten, aber die Grundlage festigen helfen in der Masse, worauf sich der Klassenkampf stützt, sie soll Wissen, Überzeugung, Urteilsfähigkeit der Masse heben.

Die Lehrkräfte wären wohl zu stellen. Unsere Hochschulen geben jährlich neue Kräfte ab, die aber zum Teil nicht voll ausgenutzt werden. Das Gewerkschaftskartell wäre die verantwortliche Stelle für die geschäftlichen Anliegen, der Lehrer allein für die Lehrtätigkeit. Schulordnung stellen Schüler und Lehrer gemeinsam auf, sie werden das Richtige zu finden wissen. Kartell und Lehrer geben jährlich Bericht. Eine Zentralstelle stellt diese Berichte zusammen und macht das Beste allgemein bekannt.

Alles, was Menschen leisteten, war zu Anfang erst Versuch. Die Kräfte wachsen mit den Aufgaben. Wir sind ein Organismus mit eigenen Kräften, die zu heben ist unsere vornehmste Pflicht. Die Arbeitslosenschule in ihrer Wirkung nach außen wäre ein moralischer Sieg über unsere Gegner, ein Sieg über Arbeitshaus und Gefängnis, über Armenunterstützung und Philanthropengeschwätz und Notstandsarbeit. Zuletzt ist alle unsere Arbeit ein Wegweiser für den bürgerlichen Staat, aber unbesehen darum gehen wir doch unseren Weg nach unseren Zielen. *Albin Reibmann.*



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Das fällige Klagelied.

In der Unternehmerpresse wird ständig steinerweichend darüber gebarmt, daß der Materialismus immer mehr Boden im Volke gewinne. Mit großer Besorgnis müsse einen die Wahrnehmung erfüllen, daß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft kein Sinn mehr für ideelle Bestrebungen vorhanden und alles Denken auf die Erringung rein materieller Vorteile gerichtet sei. Besonders die »Deutsche Arbeitgeberzeitung«, die »Nährmutter unsers Schutzverbandes«, kann sich nicht genug in diesen heuchlerischen Heulereien hervortun.

Natürlich soll die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbewegung, wo die materialistische Weltanschauung ihr Zepter führe, diese Erscheinung verschuldet haben. Dabei wissen diese Spiegelfechter ganz genau, daß die materialistische Weltanschauung, also der »philosophische Materialismus«, ein rein bürgerliches Gewächs ist und darum überhaupt nichts mit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung zu tun hat.

Der Kapitalismus hat diese materialistische Weltanschauung hervorgebracht, und wenn jene Schwindelhuber in den Kapitalistenblättern die Wahrheit bekennen wollten, dann müßten sie sagen, daß die von ihnen so sehr beklagte Erscheinung nicht bei den Massen der Ausbeuteten, sondern nur bei den Ausbeutern und ihrem Anhang festzustellen sei.

Der Hang zum rohen Materialismus, zur Lebens- und Genußsucht, nur das Bestreben, sich in den Besitz möglichst großer Reichtümer zu setzen, sind doch Erscheinungen, die hauptsächlich bei der kapitalistischen Sippe zu beobachten sind. Soviel steht fest, daß das ganze Denken und Tun unsrer herrschenden Klasse rein gar nichts mit Idealismus gemein hat. Nach den Äußerungen des heutigen Wirtschaftsgebietes kann man jedenfalls mit gutem Glauben und Recht von jedem Kapitalisten sagen:

*Je mehr er hat, je mehr er will,
nie schweigen seine Klagen still.*

Daß auch unsre schutzverbändlerischen Steindruckereibesitzer hierbei keine Ausnahme machen, ist wohl selbstverständlich. Man braucht nur unser Schutzverbandsblatt zu lesen, um diese Tatsachen bestätigt zu finden. Möge sich in einem Jahre die Vermehrung ihres Besitzes noch so gut gestaltet haben, nie sind diese Herren damit zufrieden!

Das Blatt der Schutzverbändler bringt jedes Jahr nach der Generalversammlung des Schutzverbandes einen Bericht über die geschäftliche Lage des deutschen Steindruckgewerbes. Dieser gestaltet sich programmäßig immer zu einem allgemeinen Klagelied über die angeblich so schlechten Geschäftsergebnisse unsrer Steindruckereibesitzer. Wenn man diese Berichte liest, möchte man stets meinen, daß es keine geplagteren Menschen gäbe als diese Ausbeuter.

Natürlich haut auch der letzte Bericht, der sich mit den Geschäftsergebnissen der deutschen Steindruckereien im Jahre 1912 befaßt, wieder in dieselbe Kerbe. Obwohl das letzte Jahr »den Firmen eine recht erfreuliche Zunahme an Beschäftigung, die bis zum Schlusse des Jahres anhält« gebracht hat, wird weiter gejammert über die angeblich ungenügenden Gewinne unsrer Unternehmer. Es wird gesagt, daß vergangene Wirtschaftsjahr stelle sich für unsre Branche nicht als ein Jahr der *Gewinnkonjunktur*, sondern der *Arbeitskonjunktur* dar. Diese Aufstellung ist ein Widerspruch in sich, denn wo gearbeitet wird, werden auch Profite geschaffen. Hat sich das vergangene Wirtschaftsjahr für unsre Branche als ein Jahr der *Arbeitskonjunktur* dargestellt, so muß es selbstverständlich für das Unternehmertum auch eins der *Gewinnkonjunktur* gewesen sein. Unser Unternehmertum wird eben so stark vom Materialismus beherrscht, daß es selbst mit

den höchsten errafften Gewinnen nie zufrieden sein kann: je mehr es hat, je mehr es will, nie schweigen seine Klagen still.

Im vorigen Jahre machte das Schutzverbandsblatt in seinem programmmäßigen Klagelied über die bedrückte Lage der Steindruckereibesitzer unsern Verband verantwortlich für die angeblich so gering ausgefallenen Ausbeutergewinne. Es sagte: »Die Hauptschuld aber an dem ungünstigen Ergebnis von 1911, das seine Folgen noch auf Jahre hinaus fühlbar machen wird, trägt eine verblendete und irreführende Gehilfenschaft, die grundlos einen Kampf bis aufs Messer heraufbeschworen hat.« Da wir das Schutzverbandsblatt wegen dieser Verdrehung der Tatsachen mächtig auf die Finger geklopft und dabei auf die wirklichen Ursachen der Bedrückung unsrer Gewerbes hingewiesen haben, sieht es heuer davon ab, mit solchen unsinnigen Behauptungen und Anpöbeleien sein Klagelied zu begründen. Es beschränkt sich darauf zu sagen, daß die *Öffentlichkeit* und die *maßgebenden Stellen* davon überzeugt werden müßten, wie schwer unser Erwerbszweig unter den unglücklichen Handelsbeziehungen und sozialen Lasten, unter der *Erhöhung der Preise sämtlicher Druckmaterialien, Bedarfsartikel und Löhne, sowie durch die Arbeiterbewegung* zu leiden habe.

Mit diesen angedeuteten Bemühungen werden unsre Schutzverbändler bei Kennern unsrer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse kein großes Glück haben, denn diese wissen, daß das Gejammer über die sozialen Lasten, die Löhne und die Arbeiterbewegung unsinnig ist und daß diese Herren durch ihre politische Belästigung die *unglücklichen Handelsbeziehungen, die Erhöhung der Preise sämtlicher Druckmaterialien und Bedarfsartikel* mit herbeigeführt haben. Man weiß auch, daß unsre Steindruckereibesitzer gar nicht einmal willens sind, ihre Stellung zur Zoll- und Handelspolitik der herrschenden Parteien im Reiche grundsätzlich zu ändern; sie wollen auch fernerhin teilnehmen an dieser Raubpolitik, sie wünschen nur, daß das *Steindruckgewerbe* allein verschont bleibe von den verderblichen Folgen dieser Politik. Wir haben schon im vorigen Jahre nachgewiesen, daß diese einseitigen Wünsche unsrer schutzverbändlerischen Profithuber unerfüllbar sind. Unser Gewerbe kann nicht vor Schädigung verschont werden durch einen *Wechsel der Zollpolitik des Reiches*, wie ihn unsre Schutzverbändler fordern, sondern nur durch eine *völlige Abkehr von dieser Zollpolitik* und eine Durchführung des Grundsatzes der *»offenen Tür«*.

Durch die Zollpolitik werden uns die *Rohstoffe für Industriezwecke* und die *Nahrungsmittel*, die wir zumeist vom Auslande beziehen müssen, verteuert und wird uns der *Absatz unsrer Fabrikate* im Auslande erschwert. Wie sehr wir durch diese Zollpolitik geschädigt werden, das zeigt folgende Gegenüberstellung. Im Jahre 1910 betrug der Wert des deutschen Gesamtaußenhandels

an Rohstoffen für	in Millionen Mark	
	in der Einfuhr	in der Ausfuhr
Industriezwecke	5 228	2 102
Fabrikaten . . .	1 595	4 982
„ Nahrungsmitteln	2 445	985
„ Vieh	267	10

Aus dieser Übersicht geht hervor, wie Deutschland ebenso sehr angewiesen ist auf die ungehinderte Einführung von Rohprodukten zur Versorgung seiner Industrie und von Nahrungsmitteln zur Ernährung seiner Bevölkerung, wie für die ungehinderte Ausfuhr von Industrieprodukten, mit denen es seine Einfuhrbedürfnisse zu bezahlen hat.

Da aber unsre Schutzverbändler festhalten wollen an dieser »bewährten« Wirtschaftspolitik des Reiches, darum haben sie kein Recht zum Jammern über die *Erhöhung der Preise sämtlicher Druckmaterialien, Bedarfsartikel und Löhne* und über den Rückgang des Absatzes ihrer Erzeugnisse im Auslande, denn diese Erscheinung ist doch, wie wir nachgewiesen haben, eine notwendige Folge dieser Politik.

Aber trotz dieser schädlichen Wirkung der »unglücklichen Handelsbeziehungen« haben unsre Steindruckereibesitzer im vergangenen Jahre, das für sie im Zeichen der *Arbeitskonjunktur* stand, immer noch *fette Gewinne* erreicht. Ein Beweis dafür liegt schon darin, daß »in allen Teilen des Vaterlandes kleine lithographische Anstalten entstanden« sind, über deren Konkurrenz das Schutzverbandsblatt, das Blatt für die *Wahrung der Vorteile der großen Unternehmer im Gewerbe*, so sehr greint. Es ist also neues Kapital dem Gewerbe zugewandert, was immer ein Zeichen dafür ist, daß hier noch fette Gewinne zu machen sind.

Das Klagen des Schutzverbandes über die geschäftliche Lage des Steindruckgewerbes im Jahre 1912 kennzeichnet sich also nach unsern Darlegungen nur als heuchlerisches Krokodilsgreine. Mit diesem Greine will man sich eben nicht nur günstigere Bedingungen schaffen zur Befriedigung seiner eigenen Unersättlichkeit, sondern man will damit auch seine ungeheuerliche Lohnrückerei und die sonstigen Unterdrückungsmaßnahmen uns gegenüber rechtfertigen.

Einen wirklichen Grund zum Klagen über die gewerblichen Verhältnisse im vergangenen Jahre haben nur wir Arbeiter. Obwohl das letzte Jahr für die Unternehmer im Zeichen der *Arbeitskonjunktur* stand, hat es uns nicht vermehrte Beschäftigungsgelagenheit, sondern im Gegenteil vermehrte Arbeitslosigkeit gebracht. Das Jahr der *Arbeitskonjunktur* stand auch im Zeichen einer *weiteren gewaltigen Verbesserung und Ausnutzung der technischen Hilfsmittel*, sodaß in unserm Gewerbe trotz der Steigerung der Produktion nicht mehr, sondern sogar noch weniger Arbeiterhände gebraucht wurden als in den Jahren zuvor. Viele Hunderte von Berufsgenossen sahen sich infolgedessen im vergangenen Jahre veranlaßt, ihren Beruf gänzlich an den Nagel zu hängen. Daraus kann man schon den Schluß ziehen, wie trüb sich für uns erst die Verhältnisse gestalten müssen, wenn wir wieder in Jahre der Krise, des Niedergangs der Produktion kommen. Wir haben darum allen Anlaß, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Zahl der Arbeitskräfte im Gewerbe in ein richtiges Verhältnis zum Bedarf gebracht werde! *Fr. Schnttr.*

Zur Generalversammlung.

Mit dem Grundgedanken des in Nr. 20 erschienenen Artikels des Kollegen Ehlers ist wohl die gesamte Kollegenschaft Deutschlands einverstanden. Nur über die dabei einzuschlagenden Wege bestehen wohl noch überall Meinungsverschiedenheiten. Daß der Kollegenschaft durch von ihr zu wählende Vertreter ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden muß, erscheint doch jedem als selbstverständlich. Ich bin sogar der Meinung, daß auch unser Hauptvorstand diesen Vorschlag nur freudig begrüßen kann. Denn durch diese Einrichtung werden doch Vorkommnisse, wie sie unsere letzte Bewegung gezeitigt hat, vermieden, da die Kollegen durch das ihnen eingeräumte Mitbestimmungsrecht auch die Verantwortung mit übernehmen.

Nur kann ich mich mit der Anregung des Kollegen Ehlers nicht ganz befreunden. Er räumt außer Hauptvorstand und Zentralausschuß sämtlichen Gauvertretern und sonstigen Verbandsangestellten Sitz und Stimme ein, betont jedoch gleichzeitig, daß den im Berufe tätigen Kollegen die Majorität gesichert werden müsse. Das halte ich auch für richtig, ist aber meines Erachtens auf dieser Basis nicht gut möglich. Wir müßten in diesem Falle mit einer Delegiertenzahl aus der tätigen Kollegenschaft von zirka 25 bis 30 rechnen, und das wäre, ohne die Kasse zu stark zu belasten, nicht durchzuführen.

Ein anderer Vorschlag hierfür wäre folgender: Auf je 1000 Mitglieder ist ein Abgeordneter zu wählen. Verbandsangestellte sind nicht wählbar. Dies ergäbe zirka 16 Abgeordnete. Hauptvorstand und Zentralausschuß gehören ohne weiteres dieser Körperschaft an. Da in beiden Instanzen noch im Beruf tätige Kollegen vertreten sind, so hätten diese die Majorität. Auf Beschluß dieser Körperschaft können zu besonders wichtigen Beschlüssen alle übrigen Verbandsangestellten zugezogen werden, jedoch nur mit beratender, nicht mit beschließender Stimme. Die Wahlen der Abgeordneten hätten alle zwei Jahre zu erfolgen und eine Wiederwahl könnte statthalt sein. Hiermit wäre wohl eine Körperschaft geschaffen, deren Beschlüsse den Gesamtwillen der deutschen Kollegenschaft widerspiegeln. Ich hoffe, daß unsere

Kollegen auf die Anregung des Kollegen Ehlers aus ihrer Reserve heraustreten und sich mit dieser Angelegenheit etwas näher befassen, zum Nutzen und zum Wohle der Organisation. W. N. E.

VI.

Durch jahrelange Beobachtung unserer Kassenverhältnisse sehe ich mich verpflichtet, in der Besprechung zur Generalversammlung auf einen Umstand hinzuweisen, der nach meiner Ansicht zur Gesundung unserer Verhältnisse in Bezug auf die Verwaltungsausgaben beitragen kann.

Bekanntlich war in dem Statut des Verbandes vor der Verschmelzung der Satz enthalten, daß die Mitgliedschaften 12% der Einnahmen von Beiträgen zurückbehalten. Von diesem Gelde wurden alle lokalen Ausgaben bestritten. Nach der Verschmelzung wurde dieser Satz gestrichen und die lokalen Ausgaben wurden von der Hauptkasse gedeckt, während zu den persönlichen Vergütungen 3 bzw. 1 1/2% der Beiträge zurück bleiben. War diese Veränderung ein Fortschritt für uns und für unsere Kassenverhältnisse? Ich sage nein und will dies in kurzen Worten begründen.

Der frühere Zustand gestattete den Mitgliedschaften, nach freiem Willen über die lokalen Gelder zu verfügen. Die übergroße Zahl kam nicht nur mit dem Gelde aus, sondern legte noch einen Teil davon zurück, um durchreisende oder in Not geratene Kollegen zu unterstützen. Nach der Verschmelzung hat sich gezeigt, daß verschiedene Zahlstellen einen netten Fonds hatten, der dann der Hauptkasse überwiesen wurde. Das Geld, welches nicht verbraucht wurde, ging also dem Verband nicht verloren, und eigene Verwaltung der Gelder hat zum Sparen angeregt, um in Nottfällen, wie eben gesagt, Geld zu haben.

Die Veränderung nach der Verschmelzung war nach meiner Auffassung einesseits nicht zu Gunsten der Hauptkasse und andererseits auch ein Schaden für eine ganze Anzahl Mitgliedschaften.

Die Ausgaben für die Verwaltung und die Verteilung der 3 Prozent wurden nämlich sehr verschieden aufgeteilt. Vergleicht man die Abrechnungen der Zahlstellen, dann kann man daraus ersehen, daß einige Zahlstellen von den 3 Prozent sämtliche persönlichen Ausgaben (Sitzungsgelder, Vertrauensmännerversammlung, Versand der Presse, Vertretung, engagierter Arbeitsverdienst etc. etc.) decken und bei anderen wieder erhalten dies Geld nur der Vorsitzende und der Kassierer. Alle anderen Kollegen, welche doch auch für unsere Sache tätig sind, bekommen nichts und müssen, so wie es früher alle getan haben, aus Idealismus arbeiten.

Die Verwaltungsausgaben zeigen dasselbe Bild. Manche Zahlstellen geben für die Verwaltung über den Durchschnitt aus und benachteiligen dadurch die anderen. Was soll man z. B. sagen, wenn kleine Filialen in manchen Städten fast in jeder Versammlung Vorträge mit Lichtbildern haben, von denen die Mehrzahl nicht unter 20, einzelne sogar über 30 Mark kosten? Vorträge sind gewiß gut, wenn sie die Mitglieder aufklären. Aber ist es notwendig, irgend welche aktuellen oder andere Sachen zu wählen mit dem Zweck, die unorganisierten Aushilfskollegen umsonst zu unterhalten, ohne daß diese auch nur entfernt daran denken, bei uns einzutreten? Diese Vorträge werden ein Übel, weil sie viel Geld kosten und die Aufnahme neuer Mitglieder trotzdem nicht erreicht wird. Darum soll man weniger Geld ausgeben und die Mitglieder durch entsprechende Vorträge schulen. Dann werden diese die Agitation übernehmen und die Werbung wird besser klappen als die mit großem Tamtam ins Werk gesetzten Versammlungen.

Mit diesen Beispielen ist jedenfalls bewiesen, daß die Gelder, welche für die lokale Verwaltung ausgegeben werden, in den vielen Mitgliedschaften sehr ungleichmäßig angewandt werden. Das ist ein Übel und sollte so bald als möglich ausgemerzt werden. Darum sage ich wie im Anfang: *Der frühere Zustand war besser!* Die Verwaltungen hatten mehr Verantwortung auf sich zu nehmen und standen unter der Kontrolle ihrer Mitglieder, die doch schließlich die am Ori nötigen Ausgaben auch mit beurteilen können.

Einen praktischen Vorschlag zur Änderung zu machen ist aus dem Grunde schwer, weil man die Einnahmen und Ausgaben vor und nach der Verschmelzung nicht so ohne weiteres vergleichen kann. Dann haben wir auch eine unruhige Zeit hinter uns. Ich will darum meiner Berechnung das Jahr 1910 zu Grunde legen, weil dies als ein normales im kassentechnischen Sinne anzusehen ist.

Im Jahre 1910 wurden an Beiträgen eingenommen 980317,15 Mark. Für die Verwaltungsausgaben wurden 46761,72, für persönliche Honorar 24806,07 und für Sonstiges 11373,63 Mk., im ganzen für lokale Zwecke 82941,42 Mk. ausgegeben. Das sind nicht ganz 8 1/2 Proz. der Einnahmen aus Beiträgen. Die Folgerung ist, daß die Verwaltungen in der Lage sind, mit 8 1/2 Proz. der Beiträge, die in den Mitgliedschaften mit Angestellten um 1 1/2 Proz. geringer sind, die sämtlichen Ausgaben am Ort zu decken. Ich möchte hierbei bemerken, daß die Verwaltung nach diesem Satz viel mehr Geld kostet, wie vor der Verschmelzung. Meine Absicht ist aber nicht, bei diesen Ausgaben zu knausern, sondern was ich im Auge habe ist die gleichmäßige Ver-

teilung, weil diese gerechter ist wie bei dem jetzt geltenden System. Mit Recht kann man sagen, daß alle Zahlstellen, auch die kleinsten, einmal das Bedürfnis haben, auf irgend eine Art, durch Vorträge oder Bücher oder andere Mittel, ihr Wissen zu erweitern. Andererseits muß denjenigen, welche auf Kosten der Allgemeinheit gar nicht genug für ihre Extrawürste ausgeben können, ein Riegel vorgeschoben werden, und dies kann der Verband durch Änderung des Systems erreichen. Den Geuß haben dann alle Kollegen im Verhältnis gleichmäßig, ebenso wie die Beiträge gleichmäßig gezahlt werden müssen. Jetzt besteht in dieser Frage eine kolossale Ungerechtigkeit und diese möchte ich beseitigen. Darum unterbreite ich den Kollegen diese Anregung zur Nachprüfung und Begutachtung.

Franz Trapp.

Ortsberichte.

Altwater-Freiburg. Zu einer kombinierten Mitgliederversammlung hatten sich am letzten Maltag die Kollegen von Freiburg und Altwater eingefunden. Sie war äußerst gut besucht und legte Zeugnis ab, daß auch wir nach wie vor nicht klein zu kriegen sind. Ihren Mittelpunkt bildete die Stellungnahme zur Generalversammlung. Verlangt wurde, daß Mitglieder, die unverheiratet sind, jedoch eigenen Hausstand führen, bei Streiks und Aussperrungen die gleiche Unterstützung erhalten sollen, wie verheiratete Kollegen, daß ferner Maßnahmen zwecks besserer Aufsicht und Kontrolle der Bestimmungen des Gesetzes über Ausbildung von Lehrlingen getroffen werden möchten, und daß endlich bei Bewegungen Kommissionen zur Beratung heranzuziehen sind, die sich aus Kollegen der von Streik oder Aussperrung erfaßten Orte zusammensetzen. — Sodann wurde lebhaft Klage geführt, daß es noch immer Kollegen gibt, die zu dem Nachteil für ihre Gesundheit ihre Leistungen nicht genug in die Höhe schrauben können. Nicht zuletzt sind dies solche Kollegen, bei denen man von vornherein annehmen sollte, daß sie sich über den Wert ihrer Arbeitskraft längst klar sein müßten. Unter begreiflicher Erregung mußten die Anwesenden auch Kenntnis nehmen, daß wir es in dem Schutzverband mit einem Kontrahenten zu tun haben, der keineswegs die Macht besitzt, seine Mitglieder zur Innehaltung unserer Abmachungen zu zwingen. Diese Tatsache bedeutet einen Schlag ins Gesicht unserer Kollegen, der umso schädlicher empfunden wird, als diese viel zu ehrlich waren, um bei Bewegungen Kontraktbrüche gutzuheißen und die die Folgen ihrer Vertrauensseligkeit nun am eigenen Leibe zu spüren haben. Offenbar werden unsere Delegierten nicht umhin können, in punkto Taktik sich auch mit diesen Tatsachen zu beschäftigen. Wenn nun auch unseren Unternehmern augenblicklich der Kamm etwas geschwollen ist, so sollten sie nicht zu leicht vergessen, daß auch wir wieder fest in den Sattel kommen. Unsere Reihen schließen sich in sehr erfreulicher Weise, und wenn auch die letzte Aussperrung manche Wunde hinterlassen hatte, so ist es nicht abzuleugnen, daß wir den toten Punkt längst überwunden haben. Man merkte eben, es geht auf zielbewußtem Wege vorwärts, trotz Schutzverband und aller Niedertracht und Bosheit auf des Gegners Seite. — Die Versammlung beschloß ferner den Besuch der Kollegschaft Hirsberg und Umgebung am Sonntag, den 3. August d. J. zur Ausführung zu bringen. Die Mitgliedschaften von Hof-Göhlenau, Neurode, Freiburg und Schweidnitz sind zu dieser Riesengebirgsfahrt freundlichst eingeladen. Etwaige Anfragen sind an den Vorsitzenden der Mitgliedschaft Altwater, Kollegen F. Zappe in Waldenburg zu richten. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Berufsorganisation fand die äußerst lebhafteste Versammlung im Fürstentum ihre den Abschluß.

Barmen. Am 25. Mai referierte hier Kollege Schnetter-Hannover über Zweck und Ziel des Industrierverbandes. Die Versammlung verlief ebenso wie die Eibertler Versammlung am Tage vorher (Gr. Pr. Nr. 24). Die Kollegen betonten, daß der Zusammenschluß doch über kurz oder lang erfolgen würde und müßte, dafür werde das Scharfmachertum schon sorgen. Der Vertreter der Buchdrucker erklärte, daß sie im Prinzip auch für den Zusammenschluß seien, aber durch die verschiedenen Unterstützungszweige stellten sich uns sehr große Schwierigkeiten entgegen. Auch vertrat er den Standpunkt, solange die Zentrale nicht dafür zu haben sei, wäre wenig Aussicht zur Verwirklichung vorhanden. Kollege Schnetter zerstreute die Einwendungen in seiner Erwiderung sehr eingehend und betonte, daß erst die nötige Aufklärung in die Massen getragen werden müßte, um so den Zusammenschluß durch die große Masse zu bewerkstelligen. Auch wurde betont, vielfach seien Mitglieder der einzelnen Verbände der Meinung, daß die Vermögenslage eine Rolle spielen könnte. Demgegenüber wurde erklärt, daß die einzelnen Kassenverhältnisse unangetastet bleiben und für den Zusammenschluß eine vollständig neue Gewerkschaftskasse gegründet werden müßte, an welche jede graphische Gewerkschaft einen bestimmten Prozentsatz von den augenblicklich zu leistenden Beiträgen zu entrichten hätte. Zum Schluß wurde die Hannoverische Resolution einstimmig angenommen, womit die sehr anregende Versammlung ihr Ende fand.

Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

„Mäßige Ansprüche.“

Da ich ein gutes Gedächtnis habe, kann ich mich manches Straußes entsinnen, den ich wegen Lithographenlehrlingsasucherei mit Unternehmern in der Lokalpresse auszufechten hatte. In der Tagespresse erschienen oft Sprechsaalartikel und Inserate, allwo das Blaue vom Himmel und das Weiße vom Papier heruntergeschwindelt wurde, heruntergeschwindelt zu dem Zwecke, um nur ja einen kräftigen Nachwuchs zu bekommen. In verschiedenen Inseraten stand zu lesen, daß im „ganzen deutschen Reich“ zu wenig Lehrlinge ausgebildet würden, und in gewissen Sprechsaalartikeln wurde gesagt, daß nur in einem Teil der Lithographie, der Farbenlithographie, ein Niedergang zu bemerken sei. In einem besondern Sprechsaalartikel, der wieder von einer andern Unternehmergruppe herrührte, wurde wörtlich geschrieben: „Es dürfte kaum einen andern Industriezweig geben, in dem die Aussichten für die in die Lehre tretenden jungen Leute gleich günstig lägen, denn die Zahl der Lehrlinge ist seit Jahren viel zu gering. Nicht nur hier, sondern auch in allen großen Anstalten klagt man über Mangel an Nachwuchs, und dies bedeutet, wie auch von einsichtigen Gehilfen (?) zugegeben wird, eine Gefahr für die Zukunft. Unter solchen Umständen ist es selbstverständlich, daß die Löhne in den letzten Jahren sehr gestiegen sind.“ (!)

Von einem andern derartigen Schreiber wurde wieder in einem Artikel gesagt: „Die damalige Auslassung eines hiesigen Druckereibesitzers in dem Fachblatt *Die Zeitschrift* mag eine gewisse Begründung gehabt haben.“ (Es wurde nämlich damals in der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und Steindruckner von einem Unternehmer zu unser Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit geschrieben, daß so mancher Druckereibesitzer seinen Lithographenstand verringern möchte, weil sich die photomechanischen Verfahren zu sehr ausbreiteten.) „Selbst dem hat sich aber, so fährt nun dieser Artikler fort, erfreulicherweise die Lage im Gewerbe wesentlich gebessert, daran ändert auch der Umstand nichts, daß Herr M.-D. seine Allgemeine-Druckereianzeiger-Nummer mit 31 Stellengesuchen in seiner Mappe hübsch sorgsam aufbewahrt.“ Daß unter den 31 Stellengesuchen drei waren von Merkantillithographen aus der betreffenden deutschen Kleinstadt, vergaß jedoch dieser Herr zu erwähnen.

Der Gang der Entwicklung hat aber nun gezeigt, wer Recht hatte. Allein in Berlin und Leipzig mußten in den letzten Jahren — weil im „ganzen deutschen Reich“ zu wenig Lithographenlehrlinge ausgebildet wurden — *stehenbündert Lithographen* ganz vom Berufe abgehen; denn die photomechanischen Verfahren haben sich immer weiter ausgebreitet und die Schutzpolitik übt ihre verderbliche Wirkung immer stärker aus.

In einem Orte, der zu derselben Mitgliedschaft gehörte, wo diese Preßpolemik mit den Unternehmern geführt werden mußte, waren zu jener Zeit bei vier Merkantillithographengehilfen drei Lithographenlehrlinge tätig; bei einem Druckereibesitzer waren sogar zwei Lithographenlehrlinge beschäftigt, obwohl gar kein Gehilfe da war. So ist es teils heute noch!

Dem ganzen Gefuncker von den zu wenigen im „ganzen Reich“ ausgebildeten Lithographen wird durch ein Inserat in einer der letzten Nummern des Druckereianzeigers noch die Krone — abgesetzt. Das Inserat, das aus dem hier angeführten Orte stammt, lautet:

Älterer Schriftlithograph mit guter englischer Schrift und firm in graphischen Fahrplänen sucht bei mäßigen Ansprüchen Stellung usw. . . .

Wenn es hie und da wirklich an tüchtigen, ersten Merkantillithographen fehlen sollte, so wäre die Ursache hierfür nur darin zu suchen, daß zu viele, auch in den kleinsten Orten des Reiches, ausgebildet wurden und darum meist nichts Rechtes zu lernen bekamen.

Wie hoch wurde doch früher „gute englische Schrift“ bezahlt! Jetzt heißt es: *Mäßige Ansprüche!* M.-D.

Der Steindruckner

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-Aluminium- und Notendrucker.

Eine geregelte Frage?

Beim Abschluß des letzten großen Kampfes wurde unter anderem auch festgesetzt, daß bei Bronzedruck eine Extraentschädigung gezahlt werden soll. Im § 6 der Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 heißt es: „Als Extraentschädigung wird den mit Bronzerarbeiten beschäftigten Maschinenmeistern 50 Pfg. für den ganzen und 25 Pfg. für den halben Tag und weniger bezahlt, sofern keine staubfreien

Bronziermaschinen vorhanden sind. Die bisher gewährten höheren Extra-Entscheidungen für Bronzedruck bleiben bestehen.

Was einsichtige Unternehmer schon jahrelang den Druckern gewährten, wurde nun auch von dem Schutzverband anerkannt. Nur mit der Einschränkung, daß der Unternehmer ein staubfreies Bronziermaschinen nicht verpflichtet sei, die Entschädigung zu zahlen. Obwohl bei den Verhandlungen von Gehilfenseite darauf hingewiesen wurde, daß staubfreie Maschinen gar nicht existieren und auch die Unternehmer uns keine nachweisen konnten, blieb der Wortlaut bestehen. Bei der vielseitigen Verwendung, welche die Bronze bei Drucksachen findet, war für einen Teil der Kollegen ein kleiner Vorteil erreicht.

Bei der jesuitischen Auslegung dieser Vereinbarung durch die Unternehmer bestätigte sich aber aufs neue, daß auf Treu und Glauben bei den Unternehmern nicht zu bauen ist. Unter den vielen Beschwerden, die kurz nach der Wiederaufnahme der Arbeit gegen eine ganze Reihe von Firmen eingereicht werden mußten, um den Durchbruch der Vereinbarungen zu unterbinden, spielte auch die Extraentschädigung für Bronzedruck eine große Rolle. Was jeder Kollege auf Grund seiner fachtechnischen Erfahrung für unmöglich gehalten hätte, das war beim Schutzverband, dem alle fachtechnischen Erfahrungen fehlen und der dafür mit blinder Wut gegen die Arbeiterorganisationen — gepaart mit einem Mangel an feinerem Rechtsgefühl — erfüllt ist, im Handumdrehen gelöst. Kleinkrämerseelen sind die Steindruckunternehmer; um Pfennige jagen sie, um Taler zu verlieren! urteilte bei der letzten Bewegung ein Unternehmer. Und der Schutzverband beilegte sich, dieses Urteil recht kräftig zu unterstützen, indem die Herren, die sich bei den Verhandlungen als genaue Kenner ihre Betriebe aufspielten, einfach diktierten: »Sämtliche Bronziermaschinen sind staubfrei!« Die Kollegen hätten plätzen können vor Lachen ob dieser Weisheit, wenn es nicht gar so tief beschämend für das Gewerbe gewesen wäre, eine Frage, die nur Pfennigfuchsern als Kapitalforderung erscheint, in dieser Weise »gelöst« zu sehen.

Nun hat ja in einer Reihe von Fällen, in denen die Kollegen auf der Innehaltung des genauen Wortlauts der Vereinbarungen bestanden, der Schutzverband sein welscheltiefendes, »fachtechnisches Gutachten« nicht aufrecht erhalten können. Auch ist es dem Vorsitzenden des Schutzverbandes bis heute noch nicht gelungen, vom Gewerbeaufsichtsrat seine mit Exhaustor versehene Bronziermaschine als staubfrei bestätigt zu bekommen. Diese Vorkommnisse veranlaßten die Zentralkommission der Steindruck, eine Enquete zu veranstalten, um ein Urteil der im Bronzedruck beschäftigten Kollegen über die Stellungnahme des Schutzverbandes einzuholen.

Wenn auch leider das Material, das an alle Zahlstellen gesandt worden ist, nicht in der wünschenswerten Weise Beachtung gefunden hat (auf der Konferenz wird diese Angelegenheit noch einmal besprochen werden müssen), so ist doch das Resultat direkt vernichtend für die Auffassung, die vom spiritus rektor des Schutzverbandes vertreten wurde. Von 350 größeren Firmen liegt das Material vor. In 226 dieser Firmen laufen 246 Bronziermaschinen, darunter in einer Firma 3 Maschinen, ein Beweis, daß sich dieser technische Fortschritt, trotz der Mängel, die der Maschine noch anhaften, behauptet und durchsetzt.

Auf die Frage: »Ist die Maschine als staubfrei zu betrachten?« lautet fast einmütig das Urteil der Kollegen: »Nein!« Nur in einzelnen Fällen ist das Urteil über die Maschine günstig, aber auch dann nur unter gewissen Voraussetzungen, z. B.: »Wenn gute Papiere verarbeitet werden.« »Bei sehr schwacher Goldzeichnung.« — »Wenn klappert usw. In diesen und ähnlichen Fällen beantworteten die Kollegen die Frage nicht mit einem glatten Nein. Selbst die neuesten Systeme bieten beim Druck auf ganz dünne oder sehr starke Papiere beim Verarbeiten von minderwertigem Bronzemetall, sowie beim Bronzieren größerer Flächen noch Schwierigkeiten, so daß die Bezeichnung »staubfrei« nicht zutrifft.

Nur in 5 Druckereien ist zur Instandhaltung, Reinigung und Bedienung eine besondere Arbeitskraft vorhanden. In allen anderen Fällen hat der Maschinendruck nicht nur seine Schnellpresse, sondern auch die Bronziermaschine vollständig zu beaufsichtigen, Instandzuhalten und die Verantwortung für sachgemäße Reinigung und Bedienung zu tragen. Wohl bietet die Bronziermaschine durch Ersparnis von Arbeitsmaterial dem Unternehmer große Vorteile. Durch ein raffiniertes Prämlensystem versucht er in vielen Fällen unter Nichtachtung aller hygienischen Bestimmungen, die Arbeitskraft auszubeuten, ohne auch nur die geringsten Skrupeln über den schändlichen Wortbruch zu empfinden, der in der Auslegung des § 6 der Vereinbarungen liegt. Nur in 36 Fällen wird berichtet, daß der Unternehmer auch an der Bronziermaschine eine Extraentschädigung bezahlt, deren Höhe dann zwischen 50 Pf. und 1 Mark pro Tag schwankt. Die andern Besitzer der nichtstaubfreien Bronziermaschinen setzen sich über den § 6 der Vereinbarungen hinweg. Wegen lumpigen 50 Pfennigen bricht also der Kapitalist die Verein-

barungen und sein durch letztere verpfändetes Ehrenwort! Höher ist dieses von der großen Mehrheit der Gehilfen allerdings bisher auch nicht eingeschätzt worden.

Wie gewissenlos ein großer Teil der Unternehmer mit der Gesundheit der Arbeiter umspringt, zeigt die Beantwortung der Frage: »1. Sind Handapparate zum Bronzieren vorhanden, oder wird mit loser Watte, Flanell oder dergleichen bronziert? — 2. Ist die Schnellpresse, an der bronziert wird, durch Vorhänge oder Wandverschlüsse zu isolieren?« Nur in zwei Fällen kann festgestellt werden, daß Handapparate zur Anwendung kommen, sonst wird mit Watte oder Flanellbausch bronziert. Die Handapparate kosten Geld und sind auch nicht so vorteilhaft für die Ausnutzung der Arbeitszeit, denn das Bronzieren mit Watte kann schneller von statten gehen, die Möglichkeit der Steigerung der Druckzahl ist damit gegeben, der Profit kann dadurch gesteigert werden; darum hinweg mit den der schrankenlosen Ausbeutung hinderlichen Handapparaten! Das ist die Lösung der Unternehmer.

Die einfachsten hygienischen Einrichtungen zum Schutze der Gesundheit und zur Förderung der Reinlichkeit in den Betrieben, Vorhänge oder sonstige Maßnahmen zum Isolieren der mit Bronzierarbeit beschäftigten Personen, um wenigstens die nicht direkt an dieser Arbeit Beteiligten vor dem lästigen giftigen Bronzestaub zu schützen, sind nur in wenigen Betrieben vorhanden. Wohl versuchen die Drucker durch Vorhänge aus Makulatur oder Packpapier usw. den größten Staub selbst abzuwehren, doch sind solche Schutzvorrichtungen doch der reinste Hohn auf das Wort: Hygiene.

Heftiges Unwohlsein, Erbrechen, Magenkolik — das sind die häufigsten Krankheitserscheinungen, die durch den Fragebogen gemeldet werden. Doch sind dies nach ärztlichen Gutachten nur die ersten Erscheinungen des Bronzegiftes. Die Erkrankungen der Atmungsorgane, des Magens und Darmes und Hautkrankheiten finden nach Ansicht der Ärzte nicht selten ihre Erklärung im Bronzestaub. Die Gesundheit unsrer Kollegen, das höchste Gut jedes Menschen, ist den Unternehmern gleichgültig, wenn ihr Profit dabei in Frage kommt, selbst bei der geringsten Belastung des Portemonnaies. Die Krankenkasse des Verbandes und die Ortskrankenkassen zahlen jährlich ungeheure Summen an Unterstützungen aus, um notdürftig die Gesundheit der Kollegen wieder herstellen zu helfen, die durch das Fehlen der notwendigsten hygienischen Einrichtungen ruiniert wird. Und da hat ein Soldschreiber der Unternehmer noch die Stirn, in einer Berliner Zeitung zu behaupten: »Der Steindruckerberuf sei der gesündeste.«

Die Zentralkommission hat auf die Tagesordnung der Stuttgarter Konferenz u. a. auch den Punkt: »Gewerbliche Hygiene im Steindruck« gesetzt. Mögen die Delegierten dafür sorgen, daß der bescheidene Anfang, den die Zentralkommission auf dem Gebiete der hygienischen Aufklärung gemacht hat, weitere Kreise zieht, damit auf dem Wege der Gesetzgebung auch für die Steindruckereien die notwendigen Bestimmungen zum Schutze der in diesen Betrieben Beschäftigten erlassen werden. In Österreich und England existieren bereits Schutzbestimmungen für die mit Bronzearbeit Beschäftigten, wie aus dem Artikel »Arbeiterschutz in der Bronzierindustrie« in der »Gr. Pr.« 1912, Nr. 28, Seite 241 zu ersehen ist. Auch in Deutschland sind zum Schutze einzelner Arbeiter vom Bundesrat besondere Schutzbestimmungen erlassen worden, um die gesundheitsschädlichen Einwirkungen des zur Verarbeitung kommenden Materials herabzumindern, Ähnliches auch für den Steindruck in Deutschland zu erstreben ist unsere dringende Pflicht. V. N.

Die photomech. Fächer.

Chemigraphen-Konferenz.

Am 15. Juni tagte im Gewerkschaftshause zu Berlin eine Konferenz der Vertreter der Chemigraphen und Kupferdrucker Deutschlands, die die von der Jenaer Chemigraphenkonferenz am 1. und 2. Dezember 1912 begonnene Vorbereitungsarbeit zur Tarifrevision fortzuführen hatte. Als Vorsitzende fungierten die Kollegen Gerhardt und Hehr, als Schriftführer Kollege Schneider.

Einleitend sprach zunächst Kollege Gerhardt die Diskussion, die sich anschließend an die Revolution der Jenaer Konferenz über die modernen Tiefdruckverfahren entwickelte. Unter Zustimmung der Konferenz erklärte er: die Chemigraphen und Kupferdrucker stehen auf dem Standpunkt, daß das neue Verfahren des Illustrationstiefdrucks eine Fortentwicklung des Kupferdrucks in Verbindung mit der Chemigraphie ist, sodaß auch durch die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker Mittel und Wege zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem neuen Tiefdruckverfahren getroffen werden müßten. Er betonte, daß es der Jenaer Konferenz viel weniger darum zu tun gewesen sei, die Tiefdrucker für die Gruppe der Chemigraphen und Kupferdrucker zu reklamieren, als vielmehr darum, das Tiefdruckverfahren unter geordnete tarifliche Verhältnisse zu bringen. Bei Bedarf von Arbeitskräften zeige es sich ganz von selbst, welche graphischen Arbeiter sich am besten für das neue Verfahren eignen. Im übrigen hat

eine kombinierte Sitzung aller Zentralkommissionen dem Hauptvorstande die Erledigung aller die Tiefdruckbranche betreffenden Angelegenheiten übertragen. Die Stuttgarter Generalversammlung wird die Frage endgültig regeln müssen.

Sodann wurde das umfangreiche Antragsmaterial, das aus den Sektionen der Chemigraphen und Kupferdrucker an die Zentralkommission eingesandt worden ist, eingehend besprochen und gesichtet. Die Anträge, die aus der sorgfältigen Prüfung durch die Konferenz hervorgingen, sollen von der Zentralkommission redaktionell verarbeitet und dem Tarifamt als Anträge der Gehilfenschaft zur Tarifrevision eingereicht werden.

Zum Schluß machte Kollege Gerhardt noch statistische Mitteilungen über die nichttariftreuen Firmen und über die in ihnen beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge. Wie die Statistik lehrt, beschäftigt eine ganze Anzahl dieser Firmen nur wenige oder gar keine Gehilfen; es handelt sich also um kleine Betriebe. Einige unter den der Tarifgemeinschaft noch fernstehenden Firmen arbeiten auch nicht für den Markt, sondern für den eigenen Bedarf bzw. Verlag. Trotzdem sollen die nichttariftreuen Betriebe nicht aus dem Auge gelassen werden und zur gegebenen Zeit soll versucht werden, sie für die Tarifgemeinschaft zu gewinnen.

Nach der Erledigung verschiedener minderwichtiger Angelegenheiten waren die Arbeiten beendet und die Konferenz wurde geschlossen. Die Tarifrevision wird lehnen, daß die Berliner Konferenz gleich ihrer Jenaer Vorgängerin eine wertvolle Vorbereitungsarbeit geleistet hat.

Die Tapetenbranche.

Ein alter Bekannter in neuester Beleuchtung!

Es ist uns verständlich, daß niemand aus seiner Haut heraus kann und daß jemand seine Nerven, nachdem er sie im Dienste des Kapitals ramponiert hat, nicht so leicht wieder in Ordnung zu bringen vermag. Das sollte aber nicht verhindern, daß man seinen Gehilfen heute als »Chef« eine halbwegs anständige Behandlung zukommen läßt, umso mehr, wenn der Prinzipal, von dem wir reden, lange genug selber die Freuden und Leiden der Gehilfenschaft geteilt hat. Es handelt sich um den in weiten Kreisen der Formstecher bekannten Herrn Heinrich Fohem in Köln.

Wir meinen also, Leute mit solcher Vergangenheit müßten sich doch mindestens soviel Bildung bewahrt haben, daß sie nicht Gehilfen im besten Alter »altes Schwein« anreden sollten. Verdirbt denn der Verkehr mit der Bourgeoisie so die frühere gute Erziehung?

Ist Herr Fohem mit der Arbeit irgend eines Gehilfen nicht zufrieden, oder ist die Arbeit so zusammengeschnitten, daß man zuviel Gehilfen hat, so steht ihm doch das Recht der Entlassung zu. Niemand aber hat er das Recht, jemanden zu beleidigen. Das wird er übrigens von dem Kölner Gewerbegericht noch bestätigt erhalten. Der hier in Frage kommende Kollege mußte noch eine regelrechte Bedrohung über sich ergehen lassen, indem Herr Fohem erklärte: »Die Walze müßte man dem (Gehilfen) über den Schädel schlagen!« Diese Worte sprechen für sich und zeigen jedem Stecher die »lebenswürdige« Behandlung in diesem Atelier. Dieser Fall ist um so bedauerlicher, als hier ein sehr ruhiger, besonnener Kollege in Frage steht, der nahezu ein Jahrzehnt zur vollen Zufriedenheit einer angesehenen Tapetenfabrik seine Arbeit gemacht hat. Keineswegs ein schwacher Arbeiter oder ein Neuling oder ein Stämper, nein — ein Vollarbeiter! Aus diesem Grunde gingen wir auf den Fall auch näher ein.

Aber auch in anderer Hinsicht war das Maß der genannten Firma voll. Denn die organisationsfeindlichen Tendenzen des Herrn Fohem kommen doch in letzter Zeit zu deutlich zum Durchbruch und seine früheren Erklärungen gegenüber Gehilfenvertretern, daß er auch heute noch seine Gesinnung von früher bewahrt habe, nehmen sich im Vergleich zu seinen Handlungen recht eigenfremd aus.

Ist es denn nicht die Höhe der Selbstherrlichkeit, wenn man Vertrauensmännern verbieten will, daß sie Kollegen, die im Betrieb nicht zu erreichen sind, auf der Straße oder sonstwo angehen, um sie über die Organisation aufzuklären? Ist es nicht eine starkes Stück, wenn Herr Fohem sein anmaßendes Verbot bekräftigt durch die Äußerung: »Bei der nächsten Gelegenheit schneide ich Dich hinaus!«? Woher Herr Fohem den Mut nimmt, sich solche Außerungen zu erlauben, wissen wir wirklich nicht. Aber wir können ihm verraten, daß selbst dieses schwere Geschütz des Rauschmeißens nicht zieht.

Wir möchten ihm aber den guten Rat geben, die Kirche im Dorte zu lassen. Diese ausgeprägten, an Despotie grenzenden Machtgelüste sind schon ganz anderen Leuten abgewöhnt worden. Deshalb wollen wir im eigenen Interesse der Firma Heinrich Fohem wünschen, daß dieser kalte Wasserstrahl seine gesunde Wirkung nicht verfehlen möchte.

Feuilleton.

Das Vermächtnis des Bettlers.

Nun ist's vorbei — ich fühl', es geht ans Sterben!
 Das Ende meines Lebens ist erreicht!
 Kein Heudler kommt, um meine Gunst zu werben,
 Ich hab ja keine Güter zu vererben,
 Die er erschleichen könnt' — da stirbt sich's leicht!
 Ich weiß, mein Erbe wird kein Unheil stiften,
 Kein Nelder flucht mir heimlich und erbost;
 Mein Nachlaß wird kein Menschenherz vergiften:
 Ich habe Nichts — und das ist auch ein Trost!

Und dennoch hab ich etwas, das ihr Reichen,
 Ich weiß es wohl, so gut gebrauchen könntet:
 So oft ich kam, die Pfennige einzustreichen,
 Die ihr voll Großmut meiner Armut gönntet,
 Da merkt ich, was euch fehlt! Ich hab gelauscht,
 Ich sah durch Spalten und verbot'ne Ritzen,
 Ich sah euch an gedeckter Tafel sitzen,
 Vom bloßen Anblick war ich schon berauscht.
 Der Duft der Speisen füllte alle Räume —
 O, hätt' ich einmal nur solch Mahl gekostet! —
 Ihr aber saßet da, verdorrt, verrostet,
 Euch reizten höchstens noch Champagnerschäume.
 Gesättigt saßet ihr bei würz'gen Speisen
 Und habt mit Lederbissen euch gequält;
 Euch fehlte nichts, um glücklich euch zu preisen,
 Nur eins: Der Hunger — der hat euch gefehlt!

Und ich — ich hatte daran Überfluß:
 Welch prächt'gen Hunger, und an allen Tagen!
 Welch Appetit und weich ein guter Magen!
 Mir ward der trockne Kanten zum Genuß
 O, wenn ihr immer solchen Hunger hättet,
 Dann wä' für euch vollkommen erst die Welt.
 Doch anders hat es das Geschick bestellt,
 Und daran hat sich erst mein Mut geteilt.
 Mir blieb der Hunger treu zu aller Zeit,
 Mir gibt er bis zur Grube das Geleit,
 Und wenn ich jetzt in dieser Stunde sterbe,
 So ist der Hunger schließlich noch mein Erbe.

Es klopft — das ist gewiß ein reicher Mann,
 Der Labung bringt dem armen Todesschwand;
 Dem werde meinen Hunger ich vermachen,
 Das wä' ein gutes Werk und wohlgetan.
 Herein! — Ach, du bist's, junger Musensohn!
 Ich kenne dich, du kamst ja öfter schon;
 Ich soll Modell sein, du willst Bilder malen —
 Die Leute nennen dich ja ein Genie —
 Du kannst gewiß die Miete nicht bezahlen,
 Nun dräng' es dich zur Arbeit schon so früh.
 Du kommst zu spät — ich stehe schon am Grabe —
 Laß sterben mich — ich schenk' dir, was ich habe!

Der Alte starb. Der Künstler ging von hinnen;
 Unmerklich folgte ihm der Hunger nach.
 Er mochte, was er wollte, jetzt beginnen,
 Er mochte ernstlich schaffen, ernstlich sinnen;
 Der Hunger war's, der stets dazwischen sprach.
 Und ob die Zeit auch vieles hat vertrieben:
 Der Hunger ist ihm immer treu geblieben!
 Doch helfer hat er sein Geschick erfaßt:
 Er war ja in den vornehmsten Palästen
 Durch seine Kunst bei allen frohen Festen
 Ein oft gebetener, gern gesehener Gast.
 Da kam des Bettlers Erbe ihm zu statten,
 Er konnte essen ohne zu erröten,
 Mit solchem Appetit, daß alle die,
 Die mit ihm an besetzter Tafel saßen
 Und einen armen Teufel gern vergaßen
 Ihn noch beneideten. — Er wußte, wo und wie
 Der Hunger nutzbar wird. Ja, das war ein Genie.

E. R.

Vom Büchertisch.

Grundlagen der Photographie. Von Dr. Walter Block. (Thomas' Volksbücher, Nr. 88—90.) Mit 28 Abbildungen. Theod. Thomas Verlag, Leipzig. 108 Seiten 16°. Preis 60 Pf., gebunden 85 Pf.

Bei der steigenden Bedeutung, die die Photographie für das graphische Gewerbe infolge der ständigen Ausbreitung der lithographischen Halbtonverfahren und der Photomechanik erlangt, ist die genaue Kenntnis des Wesens der Lichtbildkunst für alle Kollegen unerlässlich. Das Büchlein wird den Angehörigen der verschiedenen Zweige unseres Gewerbes, die sich bisher mit der Photographie noch nicht beschäftigt haben, wertvolle Dienste bei der Informierung über das Wesen und die Grundlagen der Photographie leisten.

Österreichischer Senefelder-Bund (Zentrale). Bericht über die Tätigkeit des Zentralausschusses im Jahre 1912. Selbstverlag, 64 Seiten 8°.

Unser Bruderverband in Österreich hat, wie der Bericht lehrt, auch im verflochtenen Jahre wieder mit Eifer und Erfolg die Interessen der österreichischen Kollegen wahrzunehmen. Da unsere Kollegen über die wichtigsten Fortschritte unseres Bruderverbandes im Jahre 1912 bereits durch einen Artikel in Nr. 9 der „Graph. Presse“ unterrichtet wurden, können wir uns an dieser Stelle darauf beschränken, alle diejenigen, die sich näher informieren wollen, auf den jetzt veröffentlichten ausführlichen Bericht zu verweisen.

Arbeiterinnenschutz. Von Emmy Freundlich. (Lichtstrahlen, Nr. 24.) Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI/1, Gumpendorferstr. 18. 40 Seiten 16°. Preis 15 Pf.

Das Schriftchen behandelt zwar hauptsächlich den Arbeiterschutz in Österreich, wird aber auch in Deutschland zur Aufklärung und Werbung der Arbeiterinnen manchen guten Dienst leisten.

Der Kampf um die Arbeitslosen-Versicherung der Stadt Charlottenburg. Von Wilhelm Richter. Verlag von Otto Flemming, Charlottenburg, Pestalozzistr. 13. 40 Seiten 8°. Preis 25 Pf.

Das Schriftchen des Stadtverordneten Wilhelm Richter birgt ein reichhaltiges, in sachkundiger Weise verarbeitetes und für jeden Sozial- und Kommunalpolitiker wertvolles Material, das zur Agitation für die kommunale Arbeitslosen-Versicherung von Nutzen ist.

Merkbuch für die Papier- und Druckindustrie mit Ausstellungs-Katalog der *Papier-Industrie-Ausstellung*, veranstaltet vom Zentralverband der Schulbuchhändler, Papier- und Schreibwaren-Detaillisten Deutschlands E. V. (Sitz Berlin). 110 Seiten.

Die Veranstalter der „Pia“, die vom 3.—14. Mai d. J. in der Berliner Philharmonie zu besichtigen war, gaben dem offiziellen Ausstellungskatalog in dem Bestreben, den Besuchern der Ausstellung nicht nur in letzterer selbst interessantes zu bieten, sondern auch darüber hinaus Anregungen zu geben, die besondere Form eines Merkbuches, das von Fritz Hansen, dem Redakteur unserer fachtechnischen Beilage, redigiert worden ist. Es enthält neben dem Verzeichnis der Aussteller eine Reihe leserwerter Abhandlungen namhafter Fachschriftsteller. Im Mittelpunkt des redaktionellen Teils steht eine interessante Abhandlung über „Die Weltformate“ von Prof. Wilhelm Ostwald, dem Schöpfer und Leiter des internationalen Instituts zur Organisation der geistigen Arbeit „Die Brücke“. Durch seine Ausgestaltung zu einem Merkbuch und die in ihm enthaltenen wertvollen Beiträge erhielt der Ausstellungskatalog bleibenden Wert.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Heft 18 bis 24. Preis pro Heft 10 Pf.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. X. Jahrgang, Heft 6. Herausgegeben vom Kosmos, Gesell-

schaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franksche Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeilagen; Preis 4,80 Mk.

Mutter. Ein Frauenbildungsroman von Johann Ferch. (Vorwärts-Bibliothek.) Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 180 Seiten 16°. Preis gebunden 1 Mark.

Ein eigenartiges Buch, das Kampfeslust und Güte, Innigkeit und soziales Empfinden mit einander verbindet. In allen Arbeiterfamilien wird das Buch, das uns die Leiden der Proletarierin als Mutter zeigt, gern gelesen werden.

Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter. Von Privatdozent Dr. med. A. Grotzahn. (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 35.) Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 16 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Das kleine Heft, das sich den Veröffentlichungen über die Berufskrankheiten der Buchdrucker und Gasarbeiter gleichwertig anschließt, wird besonders der halben Million in 300000 Schneiderwerkstätten Beschäftigten und der ganzen Million deutscher Textilarbeiter bei dem Kampf gegen die Berufskrankheiten gute Dienste leisten.

Die See-Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Mit Hinweisen auf die Rechtsprechung. (Führer durch die Reichsversicherungsordnung, V.) Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 88 Seiten 16°. Preis 40 Pf.

Die von dem rührigen Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Sammlung der Führer durch die Reichsversicherungsordnung ist nunmehr mit dem vorliegenden Führer durch die See-Unfallversicherung abgeschlossen. Das neue Büchlein schließt sich dem Inhalte und der Form nach würdig den bisher erschienenen Führern an.

Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1912. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder. Herausgegeben vom Vorstände des Metallarbeiterverbandes. Selbstverlag des Verbandes. 174 Seiten 8°.

Die Gallensteinkrankheit. Entstehung, Verhütung und Heilung von Dr. med. Georg Luda, Berlin. Verlag: Schweizer & Co., G. m. b. H., Berlin NW. 87. 37 Seiten 8°. Preis 1,80 Mk.

In leicht verständlicher und anregender Form schildert Dr. Luda Wesen, Symptome und Verlauf der Gallensteinkrankheit und gibt auf Grund reichler Praxis beachtenswerte Ratschläge.

Erlebnisse eines Weltbumblers. Von P. R. Eichler. Mit einem Geleitwort von Max Winter. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstr. 18. In 15 Lieferungen von je 16 Seiten 8°. Preis pro Lieferung 10 Pf.

Die uns vorliegenden ersten beiden Lieferungen berechtigen zu der Erwartung, daß durch diese Neuerscheinung fesselnde Abenteuer- und Reisebeschreibungen im besten Sinne des Wortes geboten werden. Eine abschließende Würdigung behalten wir uns vor, sobald das ganze Buch vorliegt.

Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht. Zugleich ein Wegweiser bei Reichstagswahlen. Mit ausführlichem Sachregister und einem Anhang, enthaltend die für die Agitation in Frage kommenden Schutzgesetzparagrafen. Umgearbeitete Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 109 Seiten 16°. Preis 40 Pf.

Dieses Büchlein ist kein Neuling unter den in diesem Verlag erschienenen Leitfäden durch die Reichs- und Landesgesetze. Schon in den neunziger Jahren diente es der Arbeiterschaft als Waffe gegen die Bevormundungssucht der Behörden, und seitdem ist es mehrfach aufgelegt worden. Für den Gebrauch erleichtert ist die Anordnung, indem alle in Betracht kommenden Angelegenheiten in Form von Fragen hervorgehoben sind, auf die der Führer eine möglichst kurze und befriedigende Antwort gibt.

Stellenangebote

Farbätzer werden verlangt. (150) Dr. Sella & Co., Berlin SW., Zossenerstraße 55.

2 jüngere, flinke Holzstecher können sofort eintreten bei (180) A. Surber, Formstecherei, Goldach bei Rorschach (Schweiz).

Stellengesuche

Tücht. Farbätzer auch in Schwarz und Strich bewandert sucht Stellung. Geil. Offerten erbeten an Otto Trinks, Wien VII., Seidengasse 38 IV. (200)

Verschiedenes

„Matt-Lack“ Bester Farbensatz-zusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“ Vorzüglicher weißer, Trockenstoff in Paste, kein Herunterweichen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“. Gibt feststehende, glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nachfrage. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60. (300)

Die Umbildung der Chromolithographie

Photolithographischer Vier- und Mehrfarbendruck. Gebunden 5,— Mk. Th. Kirsten, Hannover, Im Moore 26. (250)

ADLER-FILM, das weißbleibende Tangierfilm mit Hoch-Relief. F. Trommer, Leipzig, Bülowstraße 8.

Graphische Fachklassen Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- und Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekt frei. Kunstgewerbebedarf. **Barmen**



Wollen Sie Ihr Inserat pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

180 Goldfüllfederhalter (Verfallenes Pfandobjekt!) m. gestemp. 14kar. Goldfeder, sonst 10 M. gebe solange Vorrat reicht auch einzeln à 5 Mk. (Nachn. 30 Pf. mehr), ab. H. Reher, Kiel, Metzstraße 31.

Fachliteratur. Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Scheideitz.**

Verbandsnachrichten Unserm lieben Kollegen **Herm. Minet** (Lithograph) zu seinem 50jähr. Berufsjubiläum die herzliche Glückwünsche Mitgliedschaft Düsseldorf.